

# EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Februar 2018



**Bald 11-Millionen-Schweiz? 3**

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern.



**Rolle der Gewerkschaften? 5**

Die Personenfreizügigkeit hat eine höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.



**EU-Diktat? 7**

Wenn es so weitergeht, können wir unser Stimmrecht schon bald nach Brüssel abgeben.



## Zuwanderung begrenzen

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto fast eine Million Menschen in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft und unser Land. Grund dafür ist ein weltfremder Vertrag mit der EU hinsichtlich der Personenfreizügigkeit, welcher über 500 Millionen EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung in unser Land gibt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen dies jetzt korrigieren, bevor es zu spät ist und unser Wohlstand leidet.

Mit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 ist die Einwanderung in die Schweiz komplett aus dem Ruder gelaufen. Sie entwickelt sich schon lange nicht mehr im Interesse der bereits hier lebenden Schweizer und Ausländer.

### Kein Rechtsanspruch auf Einwanderung

Mit der Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung will die SVP die Zuwanderung deshalb wieder auf ein vernünftiges Mass begrenzen. Zudem

soll es in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, anderen Ländern eine Personenfreizügigkeit und damit deren Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz zu gewähren. Dafür muss der entsprechende Vertrag mit der EU neu verhandelt und im Notfall gekündigt werden.

### Wohlstandsverlust droht

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen und unseren über Generationen erarbeiteten Wohl-

stand verlieren. Selbstverständlich sollen unsere Unternehmen aber auch in Zukunft die notwendigen Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können, wenn sie diese denn wirklich brauchen und sich niemand im Inland finden lässt. Doch muss es wieder ein souveräner Entscheid der Schweiz sein, wie viel und welche Einwanderung sie zulässt. Dies ist eine Selbstverständlichkeit für eine unabhängige Nation und auch der Grund, weshalb die Briten entschieden haben, die EU zu verlassen.

### Unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg

Nur so können wir in Zukunft sicherstellen, dass unsere Bevölkerung sowie jeder einzelne Bürger von einer massvollen Einwanderung auch effektiv wirtschaftlich profitieren und nicht derselbe Kuchen einfach unter immer mehr Personen aufgeteilt wird. Mit der Begrenzungsinitiative gibt es einen klaren Auftrag an den Bundesrat und eine deutliche Botschaft an die EU: Die schädliche und unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg.

### Kommentar



### Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Es ist Zeit, die Zuwanderung in unser Land endlich wieder selber zu steuern und auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Der Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit gewährt weit über 500 Millionen EU-Bürgern einen Rechtsanspruch auf Einwanderung und Niederlassung.

Es gibt ausser der Schweiz kein unabhängiges Land auf der Welt, welches ein solches Abkommen mit fast einem ganzen Kontinent unterschrieben hat. Nach über zehn Jahren Massenzuwanderung ohne Wohlstandsgewinn für den Einzelnen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem das Volk abschliessend entscheiden muss: Können wir diese enorme Einwanderung auch in Zukunft verkraften und bezahlen, oder müssen wir nicht vielmehr eine moderne, unseren Bedürfnissen angepasste Zuwanderungspolitik einführen?

Alles zu den Gemeindewahlen vom 4. März 2018

Seite 9 - 12

Fortsetzung auf Seite 2

## Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

Erfolgreiche Nationen wie Kanada, Australien, Neuseeland, die USA oder seit dem Austritt aus der EU nun auch Grossbritannien kontrollieren und begrenzen ihre Zuwanderung eigenständig, und es käme ihnen nie in den Sinn, diese Kompetenz abzugeben.

Mit unserer Begrenzungs-Initiative wollen wir dem Bundesrat deshalb den Auftrag erteilen, die Personenfreizügigkeit mit der EU neu zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese nie mehr vertraglich eingeführt werden kann. Damit der Bundesrat in seinen Verhandlungen der EU gegenüber genug Gewicht hat, braucht er den Beschluss des Souveräns im Rücken, diesen einzelnen Vertrag ansonsten kündigen zu müssen.

Mit Ihrer Unterschrift, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, geben Sie dem Schweizer Volk die Möglichkeit, mit einer kontrollierten und massvollen Zuwanderung wieder zu den modernen und unabhängigen Nationen dieser Welt aufzuschliessen. Dies ist die letzte und einzige Möglichkeit, zu verhindern, dass die Bevölkerung unseres Landes bald die 10-Millionen-Grenze überschreitet und wir etwa in enorme finanzielle Probleme zur Finanzierung der Infrastruktur geraten oder das Bildungsniveau an unseren Schulen aufgrund des Ausländeranteils definitiv nicht mehr halten können.

Mit diesem Extrablatt will die SVP die Bevölkerung unseres Landes direkt, offen und ehrlich informieren. Wir bitten Sie, Verantwortung zu übernehmen, diese Initiative zu unterschreiben und damit unseren Kindern eine Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen.

*Albert Rösti*

Albert Rösti,  
Präsident SVP Schweiz

## Fakt ist:

Die Schweiz hat mit 451.10 Franken pro Haushalt die höchsten Radio- und TV-Gebühren in ganz Europa. Die SRG erhält 90,6% des gesamten Gebührentopfs. Dis entspricht 1,24 Milliarden Franken.



Nationalrätin Céline Amaudruz,  
Vizepräsidentin SVP Schweiz (GE)

## Impressum

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 531'540 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, 123rf.com, KEYSTONE AG, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Karikaturen: Lupo | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

# Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit!

Direkte Demokratie ist eine Errungenschaft, welche wir alle gemeinsam immer und immer wieder verteidigen müssen. In einer Zeit, wo stündlich, gar im Minutentakt, Meldungen aus aller Welt auf uns einwirken, ist es wichtig, dass wir unsere Werte und das, was die Schweiz stark gemacht hat, nicht aus den Augen verlieren. Dass Bürgerinnen und Bürger auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene abstimmen und zusätzlich die Parlamente und Regierungen wählen, ist keine Selbstverständlichkeit. Sicher aber ist, dass genau dieses System der direkten Demokratie der Schlüsselfaktor der Erfolgsgeschichte Schweiz darstellt.

## Sicherheit und Verlässlichkeit

Für ein kleines, unabhängiges Land wie die Schweiz ist die Sicherheit der Menschen von zentraler Bedeutung. Letztes Jahr durfte ich als Nationalratspräsident – neben meiner Hauptaufgabe der Ratsleitung – an unzähligen Veranstaltungen, Begegnungen und verschiedensten Orten mit dabei sein. Die Vielseitigkeit der Menschen und der Regionen in der Schweiz hat mir eines sehr eindrücklich bestätigt: In der Schweiz funktioniert vieles gut. Generationen vor meiner eigenen haben vieles richtig gemacht und uns eine gute Ausgangslage geschaffen, um dieses Land in seiner Einzigartigkeit weiter voranzubringen. Ohne dass ich die Augen verschliesse vor dem, was nicht funktioniert, möchte ich Sie alle motivieren, sich auch Zeit zu nehmen, um darüber nachzudenken, warum die Schweiz funktioniert. Sicherheit, Verlässlichkeit, Dankbarkeit und Bescheidenheit sind ebenso wichtig wie der Erhalt und die Verteidigung der direkten Demokratie.

## Direkte Demokratie gefährdet

Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab. Nicht zuletzt dank ihr haben wir wenige Arbeitslose, Wohlstand, tiefe Steuern, exzellente Ausbildungsstätten und inno-



Ein EU-Rahmenvertrag zerstört unsere direkte Demokratie und walzt den Willen der Bevölkerung zu Boden.

vative Unternehmen. Weil wir der EU diesen Erfolg der direkten Demokratie vor Augen führen, sind wir ihr ein Stachel im Fleisch. Kaum hat die Schweiz

«Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab.»

ein Zugeständnis an die EU gemacht, folgen weitere Forderungen aus Brüssel. Dort will man eine Schweiz, die der EU beiträgt oder mindestens EU-Recht auto-

matisch übernimmt. Teile unserer Regierung und unseres Parlaments unterstützen diese Bestrebungen tatkräftig. Dass damit die direkte Demokratie ausgehebelt wird, nehmen sie in Kauf.

## Eigenverantwortung als Fundament

Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger stehen nicht im Rampenlicht; sie alle machen aber im Kollektiv unsere Schweiz aus! In dem sie tagtäglich eine gute Arbeit machen – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern vor- und nachher in der Familie, im Quartier, in Vereinen

oder Verbänden, im Freundeskreis oder in der Gemeinde. Sehr oft werden diese Arbeit und dieser Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft ehrenamtlich geleistet. Und ebenso oft trifft man auf dieselben Menschen in verschiedenen Funktionen. Das ist gut so, denn diese Menschen haben verstanden, dass unsere Gesellschaft nicht von einzelnen Personen abhängig ist, sondern vom

«Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen ...»

Gemeinschaftsinn geprägt wird. Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen, die sich uneigennützig und auch unaufgeregt in den Dienst der Gesellschaft und der Sache stellen – in Parteien, in Gemeinderäten, in Sport- und Musikvereinen, in den Kirchen, in verschiedensten Gruppen und Organisationen. Sie alle sind der Motor und Motivator der Gesellschaft. Voraussetzung auch dafür ist und bleibt die direkte Demokratie, eine funktionierende Wirtschaft und die Sicherheit.

Nationalrat Jürg Stahl,  
Nationalratspräsident  
2017, Brütten (ZH)



# Medienvielfalt stärken – Demokratie beleben

Vor 35 Jahren starteten die ersten Lokalradios, seit bald 30 Jahren ist das Internet populär. Vor 14 Jahren wurde Facebook gegründet. Trotz dieses technologischen Wandels läuft unsere Medienpolitik in die Gegenrichtung: Statt mehr Wettbewerb zu ermöglichen, wird die SRG immer grösser. Dies ist fatal für die Medienvielfalt.

Die SRG ist im Bundeshaus zur «heiligen Kuh» geworden. Dass die 7 Fernseh- und 17 Radio-Sender, welche öffentlich finanziert sind, erhebliche Wettbewerbsverzerrungen provozieren, wird geflissentlich ausgeblendet. Dass die Marktdominanz der SRG etliche private Unternehmen behindert und so Arbeitsplätze verloren gehen, wird ebenso verschwiegen. Diese unehrliche Politik hat die SVP immer kritisiert, und sie hat sich für Medienvielfalt und Fairness eingesetzt.

## Diskussionen werden abgeblockt

Seit Jahren verweigern Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Diskussion über den «Service public». In seinem «Service public»-Bericht forderte der Bundesrat eine noch bessere Unterscheidbarkeit zwischen SRG und privaten Sendern: Die SRG solle sich mehr auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Der Entwurf für eine neue SRG-Konzession tont ganz anders: Die SRG soll sich neu auch offiziell um den Online-Bereich und die Unterhaltung kümmern. Werbemöglichkeiten sollen ausgebaut werden. Unterschiede zu privaten Sendern gibt es kaum mehr. Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.

## Für einen zielgerichteten «Service public»

Die SVP unterstützt eine landesweite Grundversorgung im Medienbereich. Diese muss sich aber nach dem Subsidiaritätsprinzip richten. Das heisst: Programmangebote, welche Private bereitstellen, muss die SRG nicht noch einmal erfinden. Der «Service public» der SRG soll sich auf jene Bereiche konzentrieren, welche private Unternehmen nicht anbieten können oder anbieten wollen. Informationsangebote, schweizerische Kultur sowie Grossanlässe, die private Sender nicht stemmen können, soll die SRG realisieren – nicht aber Formate, welche die Privaten gerne übernehmen würden.

«Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.»

Die No-Billag-Initiative will diese Diskussion klären, indem sie auch die SRG privatisieren will. Ein Schritt der weit geht – aber vielleicht heilsam ist. Nachdem der Bundesrat stur am Status quo festhalten will, stimme ich am 4. März Ja. Lieber die totale Privatisierung als Staatsmedien ohne Ende – für die Demokratie wäre dies fatal.



Während sich das SRG-Budget mehr als verdreifacht hat, bleibt immer weniger im Portemonnaie des Bürgers. Ab 2019 werden auch alle Gewerbebetriebe happige Beiträge für den SRG-Staatssender bezahlen.

Nationalrat Gregor Rutz,  
Unternehmer, Zürich



# Bald 11-Millionen-Schweiz?

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern. Die vorausgesagten 10 oder 11 Millionen Einwohner wären für unser Land unerträglich.



Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz hat heute 8,5 Millionen Einwohner. Vor zweihundert Jahren waren es noch 1,7 Millionen, im Jahr 1900 3,2 Millionen und ums Jahr 2000 7,2 Millionen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen. Der Ausländeranteil beträgt mittlerweile über 25 Prozent. Dies trotz Einbürgerungen von jährlich durchschnittlich 40 000 Personen. Das Bundesamt für Statistik berechnet für das Jahr 2035 die runde Zahl von 10 Millionen Einwohnern. Die Denkfabrik Avenir Suisse findet es «ratsam, sich mit der Zukunft einer 10- oder gar 11-Millionen-Schweiz zu beschäftigen». Dazu habe ich – offen gestanden – überhaupt keine Lust. Ich werde im Gegenteil dafür kämpfen, dass wir nicht total überrannt werden. Damit wir nicht eines Tages als Fremde im eigenen Land erwachen.

«Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen.»

## Es wird eng in der Schweiz

Zum Vergleich: Heute hat die Schweiz annähernd gleich viele Einwohner wie unser östliches Nachbarland, die Republik Österreich. Nur verfügt Österreich über mehr als die doppelte Fläche unseres Landes, und obwohl es auch dort Alpen gibt, ist ein beträchtlich grösserer Teil seiner Fläche bewohnbar. In der Schweiz leben wir schon heute eng aufeinander. Die Natur wird weniger, in der wir uns in der Freizeit erholen können. Zu viele Einwohner bedeuten weniger Lebensqualität. Die anhaltende Massenzuwanderung überfordert uns.

## Abwanderung wäre sinnvoll

Sinnvoll und vernünftig wäre keine jährliche Zunahme der Einwanderung, sondern auch einmal eine grössere Abwanderung. Dann hätten wir alle wieder mehr Platz. Wenn wir weniger würden, gäbe es weniger Stau auf den Strassen und weniger überfüllte Züge. Wir fänden sogar in den Städten wieder Parkplätze und müssten weniger lang Schlange stehen, sei

es vor dem Kino, im Swisscom-Shop oder im Einkaufscenter. Schweizerinnen und Schweizer über 50 und Berufseinsteiger müssten nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen. Plötzlich hätten wir weniger, dafür besser geförderte Kinder pro Schulkasse.

## Jetzt handeln

Wenn wir unser Land mit 10 oder 11 Millionen Einwohnern zubetonieren, zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Denn die Schweiz zeichnet sich aus durch eine einmalige Landschaft. Sie wird zu Recht weltweit bewundert und bereist von Touristen, die zu uns kommen – aber auch wieder gehen. Entscheidend für den Wohlstand sind die Produktivität und das Wirtschaftswachstum pro Kopf. Und gerade hier hapert es gewaltig, seit wir mit der Europäischen Union das Abkommen zur Personenfreizügigkeit abgeschlossen haben. Und seit jährlich Zehntausende von Scheinflüchtlern aus Afrika und dem Osten unser Asylwesen der Lächerlichkeit preisgeben. Es ist höchste Zeit. Nehmen wir unser Land wieder in Besitz!



Nationalrat Thomas de Courten, Unternehmer, Rütenberg (BL)

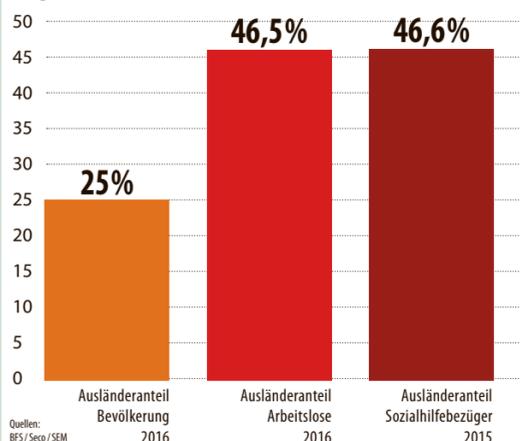
Noch nie war der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz so hoch wie heute. Mit 25 Prozent hat die Schweiz einen doppelt so hohen Ausländeranteil wie die übrigen Staaten Europas – mit Ausnahme des Mikrostaats Luxemburg. Obwohl die ungebremste Zuwanderung stark negative Folgen hat, wird die Personenfreizügigkeit von der wirtschaftlichen und politischen Elite weiterhin als heilige Kuh betrachtet!

Ein Blick in die Statistiken offenbart die Probleme, die uns die Zuwanderung beschert. Der Zustrom stellt vor allem unser Sozialsystem vor immense Belastungsproben.

Der Anteil der Ausländer in unseren Sozialwerken liegt weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – obwohl doch gemäss den Verfechtern der Personenfreizügigkeit angeblich nur hochqualifizierte Personen mit einer Arbeitsstelle in unser Land kommen.

In Wirklichkeit wird die Personenfreizügigkeit seit ihrer Einführung von vielen unqualifizierten EU-Bürgern ausgenutzt, um sich im Hochlohnland Schweiz einen Job zu suchen. Hinzu kommen aussereuropäische Arbeitsmigranten. Die Sozialsysteme werden vor allem deshalb strapaziert, weil sich die Zugewanderten nicht – wie vor allem die Linke immer träumt – einfach integrieren lassen. Auch die Unsummen von Steuergeldern, die unter dem Titel «Integrationsmassnahmen» investiert werden, ändern daran wenig. In der Regel stehen der Integration nicht vorhandene Sprachkenntnisse, fehlende Qualifikationen oder einfach nur mangelnder Integrationswille entgegen. Das Gros der zugewander-

## Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken (Angaben in Prozent)



ten Ausländer mehr folglich das Heer der Sozialsystemabhängigen. Fast die Hälfte der Bezüger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeldern sind Ausländer. 8,8% der Ausländer sind erwerbslos, dagegen nur 3,5% der Schweizer. Über 25% der ausländischen AHV-Bezüger beziehen Ergänzungsleistungen. Bei den Schweizer Rentnern sind es gerade einmal 11%.

Die SVP ist die einzige politische Kraft, die dieser Fehlentwicklung entgegenwirkt, um Wohlstand und Sozialsysteme in der Schweiz auch für künftige Generationen zu sichern.

## Personenfreizügigkeit verbieten

Bis vor kurzem waren sich in der Schweizer Demokratie noch alle einig: Der Wille der Mehrheit gilt. Dies änderte sich der Verfassungsbruch von 2016 abrupt. Damals weigerte sich das Parlament, das demokratisch gefällte Ja zur Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Mit der Begrenzungsinitiative soll deshalb nun das schädliche Prinzip der Personenfreizügigkeit endgültig beendet werden.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 erleben wir Jahr für Jahr eine Nettozuwanderung aus der EU von durchschnittlich 55 000 Personen. Das heisst bildlich, dass jährlich eine Stadt in der Grösse von Biel alleine aus EU-Zuwanderern in unserem Land entsteht. Das kann die Schweiz auf Dauer nicht verkraften. Denn die Folgen der Zuwanderung sind eine Abnahme an Lebensqualität, Dichtestress, Überlastung der Infrastrukturen, Zubetonierung unserer schönen Landschaft, Strapazierung der Sozialwerke und Verdrängung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Arbeitslosigkeit.

## Eigenständige Steuerung notwendig

Die Begrenzungsinitiative verlangt erstens eine Verfassungsgrundlage, damit die Schweiz die Zuwanderung selber regeln kann, und zweitens will sie das verfehlte Prinzip der Personenfreizügigkeit in der Bundesverfassung verbieten. Internationale Verträge dürfen diesem Grundsatz nicht widersprechen.

## Moderne Zuwanderungspolitik

Zusätzlich verlangt unsere Initiative, dass das Abkommen über die Perso-

Massive Zuwanderung stoppen!



Jetzt Begrenzungs-Initiative unterschreiben.

nenfreizügigkeit auf dem Verhandlungsweg ein Jahr nach der Annahme durch Volk und Stände ausser Kraft tritt. Wenn dies nicht gelingt, muss der Bundesrat das Abkommen innert einem weiteren Monat kündigen. Nur mit der Begrenzungsinitiative kann es gelingen, wieder eine moderne Zuwanderungspolitik zu betreiben, die nicht nur im Interesse der EU, sondern auch in unserem Interesse liegt. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

## Porträt Schuhhändler David Zuberbühler

David Zuberbühler ist ein Ur-Herisauer. Schon früh engagierte er sich politisch, und bereits im Alter von 20 Jahren wurde er in den Einwohnerrat von Herisau gewählt. Seit 2015 sitzt der Ausserrhodener im Nationalrat. Dort setzt er sich ein für tiefere Steuern, eine restriktive Migrationspolitik und gegen den unkontrollierten Ausbau des Sozialstaats. Sozial sein bedeutet für ihn nämlich nicht, möglichst viel Steuergelder auszugeben, sondern Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ideal setzt er auch beruflich in

die Praxis um. Der 38-Jährige ist Teilhaber eines grossen Schuhgeschäfts mit mehr als vierzig Mitarbeitern. Seine Freizeit verbringt der zweifache Vater am liebsten mit seiner Familie oder auf dem Motorrad.



Für Nationalrat David Zuberbühler gilt: Qualität und Einsatz für den Standort Schweiz im Geschäft und in der Politik.



Nationalrätin Natalie Rickli, Kommunikationsberaterin, Winterthur (ZH)



# Freiheit als Staatszweck

Die Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass das höchste Gut unseres Landes die Freiheit ist. Deshalb wehren sie sich entschieden gegen jegliche Aufweichung der einzigartigen direktdemokratischen Volksrechte. Ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wird vehement abgelehnt. Ein solches Abkommen würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, weil die Schweiz damit zwingend EU-Recht zu übernehmen hätte. Der Souverän, das Schweizer Volk, würde entmachtet, da es nur noch in jenen Bereichen bestimmen könnte, wo dies der EuGH tolerieren würde.

Laut Statistik wird in der Schweiz eine jährliche Wirtschaftsspitzenleistung von fast 80'000 Franken pro Kopf erwirtschaftet. Diese wird auf nur 7,5 Prozent Siedlungsfläche und auf 36 Prozent unseres Landwirtschaftsraums erwirtschaftet. Dies ergibt im Jahr 2016 ein Bruttoinlandsprodukt von 660 Milliarden Franken. Wie ist das möglich? Gemäss dem „Nation Brands Index 2017“ steht die Schweiz beim Image-Vergleich mit fünfzig anderen Ländern auf Rang acht. Getragen wird dieser respektable Ausweis unter anderem auch durch die starke Wirtschafts- und Exportleistung mit ihrer hohen Innovationskraft, von einem unternehmerfreundlichen Wirtschaftsumfeld und einem leistungsorientierten Bildungssystem. Nicht zuletzt wird unser Land auch wegen der wunderbaren Landschaft, seiner einzigartigen Bergwelt, der hervorragenden Persönlichkeiten im öffentlichen und privaten Raum und seinen Bürgern sehr geschätzt.

## Zwischen Bewunderung und Neid

Wird dieser Erfolg auch wahrgenommen? Der frühere Schweizer UNO-Botschafter (2010-15) in New York, Paul Seger, stellt folgendes fest: «Wenn ich die Schweizer Medien lese, habe ich den Eindruck, dass wir mit uns selbst viel kritischer umgehen als das Ausland. Ich finde, die Schweiz hat einfach ein extrem ausgeprägtes Harmoniebedürfnis. (...) Ich habe das Glück, ein Land repräsentieren zu

dürfen, hinter dem ich voll und ganz stehen kann.» Botschafter Nicolas Bideau, Chef der für Imagepflege beim Bund zuständigen «Präsenz Schweiz» zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für die Landeskommunikation, macht folgende Beobachtung: «Die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie eine intakte Umwelt machen aus der Schweiz eine Art vorbildliche Schwiegertochter der westlichen Welt.» Und weiter: «Das Image der Schweiz ist sehr gut – ein wenig wie die Klassenbeste, die man bewundert oder vielleicht gar beneidet, der man aber auch eins auswischt, wenn sich Gelegenheit bietet.» Zum Beispiel im britischen Blatt «The Independent» 2007: «Schweiz: Das Herz der



Unabhängigkeit, Föderalismus, Souveränität und Selbstbestimmung sind die Grundpfeiler unseres Landes. Sie machen die Schweiz zu einem einzigartigen Hort für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

«Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.»

Finsternis in Europa?» Im deutschen «Spiegel» stand fast zeitgleich, die Schweiz sei eine «Demokratie am Rande des Nervenzusammenbruchs». Zwei Jahre später fragte die amerikanische «Los Angeles Times»: «Wer eigentlich braucht die Schweiz?», und 2010 verkündete das US-Nachrichtsmagazin «Newsweek» kurzerhand das «Ende der Schweiz». Im österreichischen «Kurier» las man: «Die Eidgenossen sorgen international für Un-

mut – die Schweiz eine skurrile Insel, die mit einem grauslichen Bukett von Problemen kämpft und deren Strahlmann-Image verblasst.»

## Erfolgreiche Schweiz, glückliche Schweizer

Im auffälligsten Kontrast zu solcher Publizität steht der „World Happiness Report 2017“ der UNO, der die Schweiz nach Norwegen, Dänemark und Island auf dem vierten Platz der „glücklichs-

ten“ Länder dieser Welt sieht. Wie auch immer diese Auswertung zustande gekommen ist, die Eigenheiten und Stärken unseres Landes waren und sind es heute mehr denn je: Neutralität, Sicherheit, Frieden, Qualität, Ordnung, Sauberkeit, Solidarität, Demokratie und Meinungsfreiheit. Besonders bemerkenswert ist zudem für viele Betrachter, dass sogar ein neu erwachtes Heimatbewusstsein und ein neu erwachter Nationalstolz mit dem Land Schweiz in Zusammenhang gebracht wird. Das Land des «Heimwehs» oder des «Heimatscheins» löst – je nach Sichtweise – mit seiner selbstsicheren Präsenz Anerkennung, Bewunderung oder Neid aus. Weltmarkterfolge mit einzigartigen Schweizer Produkten – z.B. mehr als

450 verschiedenen Käsesorten oder begehrten Uhren von einzigartiger Verarbeitung und Präzision oder der erste Platz auf der „Weltrangliste der wettbewerbsfähigsten Länder“, die vom World Economic Forum (WEF) publiziert wird – das und noch viel mehr genügen nicht, um das Wesen des Schweizer Erfolges zu verstehen.

## Freiheit, Solidarität und Milizprinzip

«Freiheit als Staatszweck» lautet die wohl treffendste und prägnanteste Formel dafür. So umschreibt SVP-Bundesrat Ueli Maurer den schweizerischen Sonderfall von 1291 bis heute. Ferner schreibt der SVP-Bundesrat: «Es bleibt unser Wunsch, unsere Angelegenheiten selber zu regeln. Das bezieht sich auf Einflussnahmen des Auslandes wie auf die Verhältnisse im Inland. Wir misstrauen der Macht. Bei uns half man sich schon immer selbst, und man half sich gegenseitig. Das Milizprinzip trägt und prägt dieses Land bis heute.» Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.



Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar (ZG)



## Bauer und Schwyzer Nationalrat Marcel Dettling

«Die Schweizer Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit hervorragenden Produkten, die naturnah produziert werden und unsere einmalige Landschaft pflegt.»

Marcel wurde am 1. Februar 1981 in Einsiedeln (SZ) geboren, ist verheiratet mit Priska und hat drei Kinder sowie vier Geschwister. Marcel ist gelernter Landwirt und heute auf seinem eigenen Viehzucht-Betrieb in der Bergzone tätig. Dieser ist auf die Produktion von weissem Kalbfleisch spezialisiert. Im Winter arbeitet Marcel auch im Bergbahn-Betrieb. Seine Freizeit verbringt Marcel am liebsten auf den Ski.

### Viehzucht-Betrieb

27 ha Viehzucht-Betrieb in der Bergzone

Spezialisiert auf die Produktion von weissem Kalbfleisch

14 Milchkühe

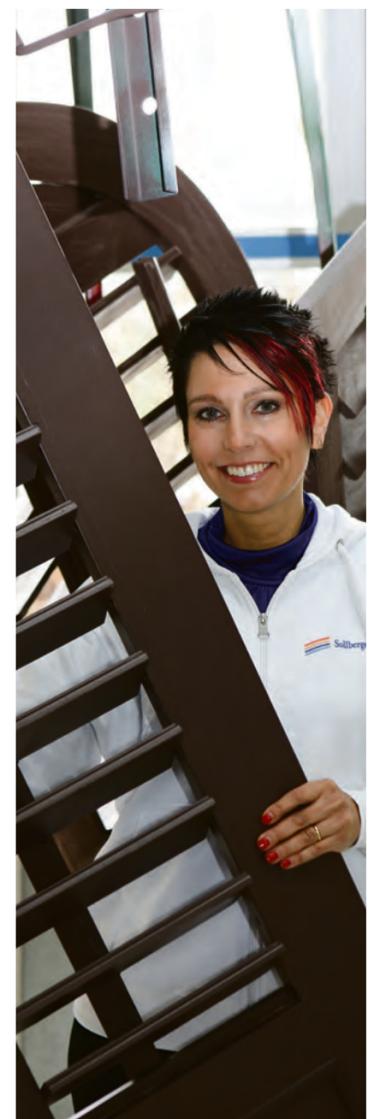
20 Mastkälber

20 Schafe

## Porträt Nationalrätin und Malermeisterin Sandra Sollberger

Sandra Sollberger wurde kürzlich als «die Bunte» im Nationalrat bezeichnet. «Lieber bunt als farblos», kommentierte die sympathische Baselbieterin das Ranking. Das Prädikat bezog sich wohl eher auf ihren Beruf – Sandra Sollberger ist eidg. dipl. Malermeisterin – als auf ihre politische Haltung. Die 44-jährige ist seit 20 Jahren mit Simeon verheiratet und Mutter von Florence (20) und Fabrice (18). Sie ist Geschäftsführerin und Verwaltungsrätin der Sollberger Maler AG in Bubendorf (BL). Das Familienunternehmen besteht seit 60 Jahren und ist mit 12 Angestellten und 2 Lernenden (6 Frauen und 8 Männer) ein typischer KMU-Betrieb.

Seit 2015 ist Sandra Sollberger Nationalrätin. Zuvor war sie vier Jahre Landrätin und acht Jahre Gemeinderätin. Neben der KMU-Politik und dem Engagement für das Maler- und Gipsergewerbe, setzt sich Sandra Sollberger auch in zahlreichen Vereinen ein, so etwa im Natur- und Vogelschutzverein Bubendorf. Ornithologie fasziniert sie; inzwischen wissen ihre Nachbarn auch, warum Sandra Sollberger bisweilen mit dem Feldstecher durch den Garten schleicht.



Die Baselbieter Nationalrätin Sandra Sollberger führt zusammen mit ihrem Ehemann Simeon die Sollberger Maler AG in dritter Generation. Beide sind eidgenössisch diplomierte Malermeister.

## Fakt ist:

Die Gemeinde Oberwil-Lieli ist anfangs 2018 die Nr. 1 beim Steuerfuss im Kanton Aargau. Der Steuerfuss lag zu Beginn meiner Amtszeit im Gemeinderat bei 98 % und ist mittlerweile auf 57 % gesunken. Möglich ist dies nur, weil wir, unter anderem, die Sozialkosten im Griff haben. Ich bin der Ansicht, dass jene Leute unterstützt werden sollen, die diese Unterstützung auch wirklich nötig haben, und nicht jene, die einfach zu bequem zum Arbeiten sind. Wer am Morgen aufsteht und arbeiten geht, für den muss es sich lohnen. Andererseits muss der Bezug von Sozialleistungen mit Einschränkungen verbunden sein.

Wir als Gemeinde Oberwil-Lieli belegen ebenfalls den Platz 1 beim «Weltwoche»-Rating in Bezug auf die Lebensqualität im Dorf. Wir haben ein neues Schulhaus gebaut, zwei neue Kindergärten, Alterswohnungen, ein neues Feuerwehrgebäude mit Werkhof, eine Freizeitanlage, wir haben das Gemeindehaus saniert, zwei Dorfeste durchgeführt. Es ist einiges passiert über die letzten zwanzig Jahre als ich im Gemeinderat bzw. seit 2006 Gemeindepräsident war.



Nationalrat Andreas Glamer, Oberwil-Lieli (AG)

# Personenfreizügigkeit: Ein Triumph der Gewerkschaften

**Die Personenfreizügigkeit setzt unseren Arbeitsmarkt unter Druck. Der Staat schränkt Unternehmen und Mitarbeiter immer mehr ein. Der freie Arbeitsmarkt ist nur noch ein Mythos. Gewinner sind die Gewerkschaften. Sie bauen ihre Macht aus und bereichern sich auf Kosten der Arbeitnehmer. Die Begrenzungsinitiative wird uns befreien und unseren Wohlstand sichern.**

Auf Druck der EU führte die Schweiz 2002 die Personenfreizügigkeit mit 15 Ländern ein. Weitere 13 Länder folgten. Sie gibt jedem Ausländer das Recht, frei in die Schweiz einzuwandern und Arbeit anzunehmen. Unsere Löhne, unsere Sozialleistungen und unsere Altersvorsorge gehören zu den besten der Welt. Die Schweiz ist attraktiv – für gut ausgebildete und für weniger gut ausgebildete Personen gleichermaßen.

## Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit hat die Schweiz massiv beeinträchtigt. Mit jeder Erweiterung der Personenfreizügigkeit stieg die Ausländerquote weiter an. Verzeichnete die Schweiz 2002 noch 20% Ausländer, sind es heute bereits 25%! Ausländer sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern bei 6%, bei Schweizern nur bei 2,4%. Die meisten Ausländer arbeiten im Gastgewerbe, im Bau und im Detailhandel, wo ihr Anteil bis über 40% beträgt. Seit der Personenfreizügigkeit haben in diesen Branchen die Anzahl der beschäftigten Ausländer und die Ausländerquote stark zugenommen. Gleichzeitig haben diese Branchen aber auch die höchsten Arbeitslosenquoten! So liegt im Kanton Tessin die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit im Gastgewerbe bei rund 18%! Im Kanton Wallis beträgt die Jahresarbeitslosigkeit im Bau sogar rund 25%! Auch in Zürich sind es 8%. Es hätte also genügend Inländer, welche die Arbeiten verrichten könnten. Trotzdem werden immer mehr Ausländer in die Schweiz geholt. Für Arbeitslose zahlen die anderen. Haben Sie gewusst, dass die Gewerkschaften an jedem Arbeitslosen direkt verdienen? Die Gewerkschaften gehören nämlich zu den grössten Arbeitslosenkassen



Die Abschaffung der Personenfreizügigkeit stärkt den Werkplatz Schweiz. EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ist überzeugt: «Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.»

und verrechnen ihre Leistungen für Beratung, Arbeitsmarktmassnahmen und das Auszahlen von Arbeitslosen-

einen Ausländer aus dem Ausland nur, wenn es keinen Inländer für diese Arbeit gab. Man zahlte dem Ausländer den in

sogar unter einem «allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag». Mindestlöhne, Entschädigungen, Arbeitszeit, Fe-

**«Um den bestehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert.»**

geldern bei jedem Arbeitslosen nach Leistungspunkten.

## Das Konstrukt der Gewerkschaften

Weil sich so viele Ausländer um eine Arbeit in der Schweiz bewerben können, geraten Schweizer Löhne unter Druck. Ausländer sind auch mit weniger Lohn und schlechteren Bedingungen zufrieden, sind sie doch im Vergleich zur Heimat immer noch deutlich besser dran. Vor der Personenfreizügigkeit war das anders. Die Arbeitsbewilligung gab es für

der Schweiz üblichen Lohn. Nicht so bei der Personenfreizügigkeit. Um den entstehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Diese greifen massiv in den Arbeitsmarkt ein und zwingen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in standardisierte Gesamtarbeitsverträge. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert. Inzwischen ist bereits jeder zweite Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt! Einer von vier Arbeitnehmern arbeitet

rien usw. werden so einheitlich geregelt und jeglicher Wettbewerb unterbunden. Und dies, obwohl sich das Schweizer Stimmvolk an der Urne deutlich gegen staatliche Mindestlöhne und einheitliche Ferienregelungen aussprach! Trotz Standardisierung haben die Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz noch zugenommen. Die Gewerkschaften, welche die 50% Arbeitnehmer offiziell vertreten (obwohl nur 15% der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft sind), benutzen ihre Macht zunehmend als Druckmittel für weitergehende soziale Forderungen.

Denn: Jeder Mitarbeiter und jedes Unternehmen im Gesamtarbeitsvertrag leistet pauschal oder als Lohnabzug sogenannte Solidaritätsbeiträge. Diese Millionen-

**«Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.»**

beiträge landen in den Kassen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, insgesamt über 20 Millionen Franken in der Gastronomie und beinahe 50 Millionen Franken im Bau!

## Personenfreizügigkeit abschaffen

Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht. Der liberale Arbeitsmarkt wurde zerstört und stattdessen das Arbeitsverhältnis zentralisiert und verstaatlicht. Linke Forderungen werden gegen den Willen des Stimmbürgers, und ohne dass das einzelne Unternehmen oder der einzelne Arbeitnehmer etwas zu sagen hätte, für allgemeinverbindlich erklärt. Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften kassieren – die rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Es ist Zeit, dass wir dieses Monster eindämmen: Lasst uns die Personenfreizügigkeit mit der Begrenzungsinitiative abschaffen! Die Macht der Gewerkschaften muss zurückgebunden werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz! Wir von der SVP setzen uns dafür ein!

Nationalrätin  
Magdalena Martullo-Blocher,  
Unternehmerin  
EMS-CHEMIE AG (GR)



**«Als Unternehmer ist mir die zunehmende Bürokratie ein Dorn im Auge.**

**Neben der Übernahme von internationalen Regulierungen ist die**

**Energiebürokratie zu einem Haupttreiber der Überregulierung geworden. Die verheerende Energiepolitik von Mitte-links ist inzwischen ein handfestes Problem für unseren Wirtschaftsstandort.»**



Nationalrat Hansjörg Knecht, Mitinhaber und Geschäftsleiter der Knecht Mühle AG in Leibstadt (AG)

**«Wegen der unkontrollierten Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit werden immer mehr Stellen durch Ausländer besetzt.**

**Die Jobsuche gestaltet sich sowohl für junge Schweizer und Secondos als auch für die über 50-Jährigen zunehmend schwierig.»**



Nationalrat Mauro Tuena, IT-Unternehmer in Zürich

**«Zu wenig Politiker kennen die Bedürfnisse der KMU und des Gewerbes aus der Praxis.**

**Vor den Wahlen wird das Hohelied auf die KMU als Rückgrat der Wirtschaft besungen, bei Abstimmungen ist alles vergessen, neue Vorschriften und Abgaben werden beschlossen. Wir müssen unsere Unternehmen für die Zukunft stärken, deshalb sage ich Stopp!»**



Nationalrätin Sylvia Flückiger, Inhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung, Flückiger Holz AG in Schöffland (AG)

**«Staatliche Regulierung und Bürokratie verlangen einen immer grösseren zeitlichen Aufwand. Diese Zeit möchte ich lieber in meinen Betrieb investieren. Dort wird der volkswirtschaftliche Nutzen erbracht.»**



Nationalrat Erich Hess, Lastwagenfahrer und Unternehmer in Bern

**«Der SVP wird vorgeworfen, konservativ zu sein. Wenn jedoch Gewerkschaften**

**an uralten, längst überholten Arbeitszeitmodellen festhalten, dann wird das sozial genannt. Eine Modernisierung unserer Arbeitszeitregeln ist jedoch dringend notwendig und sollte nicht länger aufgeschoben werden.»**



Nationalrätin Diana Gutjahr, Geschäftsführerin der Ernst Fischer AG in Romanshorn (TG)

# Die Sozialkosten-Welle

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält die gleichen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntlang hier gearbeitet und Steuern bezahlt hat.



Nationalrätin Barbara Steinemann, Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf (ZH)

Diese Leistungen sind oftmals so hoch, dass es sich ökonomisch gesehen nicht lohnt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Für einen jungen Eritreer beispielsweise sind das monatlich CHF 986.– Bargeld, zudem hat er Anspruch auf eine Wohnung und die Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge. So stehen ihm standardmässig Leistungen von rund CHF 2600.– zu. Bei einem Haushalt mit vier Personen sind es Sozialleistungen von mindestens CHF 5000.–.

## Auch Zahnarzt wird bezahlt

Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen»<sup>1</sup> müssen die Gemeinden jedoch zusätzlich folgende Ausgaben übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Brillen, Krippenkosten, Babyartikel, Schultensilien, Prämien, Selbstbehalt und Franchisen von Schaden-

Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Umzugskosten, Anwaltskosten, amtliche Papiere, ÖV-Abos, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts und Musikstunden und -instrumente. Zusätzlich bezahlt die Allgemeinheit ihm die AHV/IV-Beiträge. Wenn er also mit 18 Jahren in die Schweiz kommt und bis 65 auf Kosten der Sozialhilfe lebt, erhält er

eine AHV-Rente, ohne je einen Tag in der Schweiz gearbeitet zu haben.

## Asylindustrie boomt

Frühere Flüchtlingsgenerationen – Vietnamesen, Ungarn, Jugoslawen etc. – haben sich durch Eigeninitiative integriert. Heute ist um die fehlenden Qualifikationen eine regelrechte Asylindustrie entstanden: Ein Integrationskurs der Stiftung «Chance» beispielsweise kostet CHF 3385.– pro Monat

– damit ein Flüchtling arbeiten lernt. Ein Alphabetisierungskurs schlägt monatlich mit CHF 1375.– zu Buche und dauert meist Jahre. Das Gleiche gilt für das Arbeitstraining, das den Gemeinden für monatliche CHF 1700.– verkauft wird. Selbst für ein Praktikum zahlt der Steuerzahler CHF 1540.– pro Monat – notabene ohne Erfolgsgarantie. Das Asylwesen ist ein Wirtschaftsfaktor geworden – zulasten der Steuerzahler und unseren eigenen Bedürftigen.

## Fakt ist:

Die Kosten der Sozialhilfe steigen massiv. Zwischen 2005 und 2015 haben sie von 1,7 auf 2,6 Milliarden Franken zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von über 60 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler stieg innerhalb dieser zehn Jahre jedoch nur um 12 Prozent, d.h. von 237'500 auf 265'600 Personen. Praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezügler sind Ausländer. Viele haben nie gearbeitet und Steuern bezahlt. Bezahlen müssen die massiv ansteigenden Sozialhilfekosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Gemeinden und Kantonen, was zu einer immer höherer Belastung von ihnen führt.



Nationalrat Felix Müri

## Diese Leistungen erhalten anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder
Grundbedarf	CHF 986.00	CHF 1'509.00	CHF 2'110.00
Miete inkl. Nebenkosten (Maximalbetrag)	CHF 1'100.00	CHF 1'300.00	CHF 1'600.00
Krankenkasse Erwachsene	CHF 394.00	CHF 394.00	CHF 786.00
Krankenkasse pro Kind CHF 85.–		CHF 85.00	CHF 170.00
AHV/IV-Beiträge	CHF 45.00	CHF 45.00	CHF 45.00
situationsbedingte Leistungen <sup>1</sup> (Durchschnittswert)	CHF 100.00	CHF 200.00	CHF 300.00
<b>Monatliche Bezüge</b>	<b>CHF 2'625.00</b>	<b>CHF 3'533.00</b>	<b>CHF 5'011.00</b>

Sozialhilfe nach den sog. SKOS-Richtlinien. Die Wohnungsmieten verstehen sich inkl. Nebenkosten und richten sich nach den kommunalen Reglementen. Das Beispiel hier entspricht den Wohnpreisen in der Agglomeration Zürich.

# Schweiz-EU: Wer seine Handlungsfähigkeit aufgibt, ist verloren

Vor 25 Jahren hat sich das Schweizer Volk durch die Ablehnung des EWR/EU-Vertrages seine Handlungsfähigkeit erhalten. Ein eigenständiger Handlungsspielraum und Selbstbestimmung sind ein hohes Gut. Diese zu sichern, ist darum oberstes Ziel eines souveränen Landes. Doch leider sind diese wichtigen Güter in grosser Gefahr.

Es gilt auch heute wie vor 25 Jahren, einen Beitritt in die Europäische Union zu verhindern. Der Bundesrat hatte damals in seiner Botschaft ans Parlament zu Recht klar festgehalten: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

## Brüssel bestimmt

Heute treibt uns die Classe politique wieder in die gleiche Situation. Soll sich die Schweiz unwiderruflich an die EU anbinden? Soll in Zukunft die EU über die Schweiz gebieten? Die EU will dies mit einem sogenannten institutionellen Rahmenabkommen erreichen. Und die Classe politique gibt nach und will ihr diesen ungeheuerlichen Wunsch erfüllen: Die Schweiz soll automatisch EU-Recht übernehmen, ohne dass Volk und Stände etwas zu sagen hätten. Das reicht von Regeln über die Zuwanderung, den Warenhandel, die Landwirtschaft bis zum Land- und Luftverkehr. Die relevanten Gesetze der Schweiz würden in Zukunft in Brüssel gemacht und nicht mehr vom schweizerischen Parlament und von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Für die Auslegung und die Einhaltung dieser Gesetze soll ein fremdes Gericht, der EU-Gerichtshof, zuständig sein. Würde die Schweiz einem solchen EU-Gesetz nicht Folge leisten, hätte die EU das Recht, Sanktionsmassnahmen zu ergreifen. Die Schweiz würde damit all ihre Vorteile, die sie heute ausserhalb der EU hat, aufgeben. Ein solcher Unterwerfungsvertrag wäre das Ende einer selbstbestimmten und unabhängigen Schweiz.

**Staatsstreich durch die Hintertüre**  
Profitieren von einem solchen Vertrag würden Politiker, Beamte und Funkti-



Alt Bundesrat Christoph Blocher: Der ewige Kämpfer für die Selbstbestimmung und Freiheit der Schweiz

onäre. Sie alle können dann an internationale Konferenzen reisen, wären die Ansprechpartner der EU und könnten – unbehelligt durch betroffene Bürger – deren Beschlüsse umsetzen. Bürger, Unternehmen, Kantone und Gemeinden hätten die Folgen zu tragen. Bereits heute beginnen Bundesverwaltung und Politiker die Macht an

Staaten – und auch mit der EU – neutrale Beziehungen pflegen und Handel betreiben. Weil die Classe politique wankt, müssen Bürger an der Urne zum Rechten sehen.

2. Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht

«**Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann.**»

sich zu reissen: Volksentscheide werden nicht mehr vollzogen oder missachtet. Das internationale Recht wird neuerdings auch vom Bundesgericht leichtfertig über das demokratisch beschlossene Schweizer Recht gestellt. Die Folge davon: Kriminelle Ausländer können nicht ausgeschafft werden oder die masslose Zuwanderung kann trotz anderslautenden Volksentscheiden nicht begrenzt werden.

## Jetzt müssen wir handeln

Was ist zu tun?

1. Die Schweiz darf sich nicht mit einem institutionellen Rahmenabkommen an die EU binden, sondern muss weiterhin weltoffen mit allen

über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP garantiert dies. Also: Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

3. Der Wille von Volk und Ständen, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern ist endlich umzusetzen. Die Begrenzungsinitiative stellt dies sicher. Sie garantiert eine massvolle Zuwanderung zum Wohl der Bevölkerung. Deshalb: Begrenzungsinitiative unterzeichnen (vgl. beiliegender Unterschriftenbogen)! Damit unsere Kinder eine Zukunft in Wohlstand und Freiheit haben.

## Kommentar

### Ausschaffungen: Leere «Strichliliste»

2010 hat die Stimmbevölkerung mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass künftig kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden sollen. Das Parlament hat den Auftrag leider nicht verstanden und in das Umsetzungsgesetz eine «Täterschutzklausel» aufgenommen. Demnach können die Richter nach eigenem Ermessen aus Tätern «Härtefälle» machen und praktisch jederzeit auf deren Ausweisung verzichten. Gerade eine solche richterliche Willkür wollte das Stimmvolk aber verhindern. Trotz der Aufweichung des Volksentscheids wurde uns eine «pefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen. Ich meinerseits habe versprochen, eine «Strichliliste» über die Landesverweise zu führen. Deshalb habe ich dem Bundesrat seit Inkrafttreten des Gesetzes im Oktober 2016 in jeder Session die Frage gestellt, wie viele Landesverweise denn nun ausgesprochen worden seien. 2016 waren es gerade einmal 14. Ende November 2017 antwortet Bundesrätin Sommaruga auf meine Frage: «Die Daten für das Jahr 2017 werden vom Bundesamt für Statistik im Juni 2018 statistisch ausgewertet.» Dagegen wurde, dem Vernehmen nach, die «Täterschutzklausel» bereits Dutzende Male angewendet. Wie von der SVP befürchtet, wird wohl aus der Ausnahme eine Regel gemacht. Ein Volksentscheid wurde einmal mehr nicht umgesetzt.



Nationalrat Toni Brunner (SG)



## Kommentar

### Verfehlte Flüchtlingspolitik



Mit dem Dublin-Abkommen müsste die Schweiz nur noch Asylsuchende ins Verfahren aufnehmen, die mit dem Flugzeug direkt in die Schweiz gekommen sind. Die grosse Mehrheit der Asylsuchenden reist aber über den Landweg in den EU-Raum ein und müsste sich im ersten Dublin-Land wie Italien registrieren, beurteilen und betreuen lassen. Wer das nicht macht, kann gemäss diesem EU-Abkommen von der Schweiz in dieses Land zurückgewiesen werden. Da die Schweiz von EU-Dublin-Staaten umgeben ist, gilt dies praktisch für alle, funktioniert aber häufig nicht. Und trotzdem nimmt Frau Sommaruga zehntausende Asylsuchende in der Schweiz auf. Das Dublinsystem ist das Papier nicht wert und unsere Asylbehörden versagen komplett. Doch, als wäre das nicht genug, hat Justizministerin Sommaruga auch noch damit begonnen, Migranten direkt aus Libyen in die Schweiz einzufliegen. Damit betätigt sich der Bundesrat jetzt offiziell als eine Art Schlepperorganisation, was weitere Völkerwanderungen in Afrika auslösen wird. Diese falsche Asylpolitik, die über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz wiederkehrende Milliardenkosten verursacht und unsere Gemeinden ruinieren wird, bekämpft nur die SVP.



Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

Interview mit Nationalrat Jean-François Rime

# Verträge mit der EU dürfen kein Klumpenrisiko werden!



Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime warnt vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Er lebt in Bulle, ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne. Seit Mai 2012 ist er Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

**Als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes mit 300'000 Unternehmen im Rücken stehen Sie mit Blick auf die Aussenwirtschaftspolitik vor fast historischen Herausforderungen. Was ist zu tun oder zu lassen, um die wirtschaftlichen Stärken zu fördern?**

Unsere Stärken im globalen Umfeld sehe ich dank hoher Qualität in der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, weiter in der Standortattraktivität und in der Effizienz und Produktivität. So heben wir uns vom Mittelmass ab. Diese Stärken gilt es zu bewahren und zu fördern. Auf keinen Fall dürfen wir die Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg ans Ausland delegieren. Es wäre verheerend, von dort die Lösung unserer Probleme zu erwarten.

**Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um mit dieser Strategie zum Erfolg zu kommen?**

Ich nenne zwei Stichworte: Frankenstärke beziehungsweise Euroschwäche und Regulierungskosten. Weil die Schweiz keinen direkten Einfluss auf die EU-Probleme hat, müssen wir den Hebel anderswo ansetzen. In den Unternehmen wurde bereits ausserordentlich viel getan. Die Politik ist hingegen noch im Verzug. Dies wegen der selbst verursachten, viel zu hohen Regulierungskosten. Seit 2010 wissen wir, dass wir uns damit nur behindern und strangulieren. Vermeidbare und überflüssige Regulierungskosten fressen rund zehn Milliarden Franken unseres Bruttoinlandsprodukts weg. Seit 2013 liegen Pläne in der Schublade des Bundesrates, um diese hausgemachte Benachteiligung gegenüber der Auslandskonkurrenz abzufedern.

**Trifft die Vermutung zu, dass sich der Bundesrat vor allem auf die Beziehungen zur EU zu konzentrieren scheint, oder täuscht dieser Eindruck? Ganz und gar nicht! Der EU als dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz,**

und zwar auf Gegenseitigkeit, gilt richtigerweise die Hauptaufmerksamkeit. Dabei müssen wir auch auf die Abhängigkeit von der EU achten, weil wir sonst ein Klumpenrisiko schaffen. Die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen der Schweiz reichen weit über den EU-Raum hinaus. Ich erinnere daran, dass die Schweiz 2013 als erstes Land Europas ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China unterzeichnen konnte.

**Und wie soll sich die Aussenwirtschaftspolitik im Verhältnis zur EU positionieren?**

Es gilt vor allem, die Vorteile und die guten Bedingungen der bilateralen Verträge mit der EU zu pflegen und weiter zu entwickeln. Herausgefordert sind jetzt mehr denn je die verhandlungsstarken Kräfte unserer Wirtschaftsdiplomatie. Nicht Überheblichkeit oder Arroganz helfen uns, sondern selbstbewusste Besinnung auf unsere Stärken. So wird man als Verhandlungspartner ernst genommen. Bittsteller, die mit vorauseilendem Gehorsam vorgehen, haben verloren, bevor sie den Sitzungstisch in Brüssel erreichen. Gift für unseren Wirtschaftserfolg sind auch die unsäglichen Swiss-Finish-Regulierungen. Als Musterknaben befolgen wir diese hausgemachten Knebelvorschriften punktgenau, nur um unsern Verhandlungspartnern zu gefallen, aber wir schwächen uns selber damit.

**Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des von der EU so dringend gewünsch-**

**ten institutionellen Rahmenabkommens mit der Schweiz?**

Ich warne vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Das würde unseren globalen Handlungsspielraum zunichte machen und unsere Position dauerhaft schwächen. Denn vielfach ist es richtig und besser, wenn wir anders handeln und uns anders entwickeln als die EU. Wir würden mit einem Rahmenabkommen nach Vorstellungen der EU als bedeutungsloser Kleinstaat sang- und klanglos untergehen, ohne der EU beizutreten. Die bessere Alternative sehe ich in der sorgfältigen Pflege der bilateralen Abkommen, weil uns dieses Vertragssystem Rechtssicherheit garantiert. Die bilateralen Verträge sind Verträge auf Augenhöhe. Kein Partner ist dem anderen unterstellt, kein Partner muss Regulierungen oder die Gerichtsbarkeit des anderen übernehmen. Damit das so bleibt, haben wir unsere Verantwortung selber wahrzunehmen und die direkte Demokratie, die uns Selbstbestimmung sichert zu schützen.



Volkswille? Direkte Demokratie? Abstimmungsentscheide? – Für EU-Brüssel ist der Wählerwille vor allem eines: Störend!



## Wussten Sie, dass ...

### ... die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist?

Obwohl die EU auf der ganzen Welt Handel treibt, war die Schweiz auch im Jahr 2016 erneut der dritt wichtigste Warenhandelspartner der Europäischen Union. Ganze 7,7% (264 Milliarden Euro) des Gesamtwarenverkehrs der EU fanden im Austausch mit der Schweiz statt. Die Spitzenplätze wurden belegt von China (15,2%) und den USA (17,7%). Damit ist die Schweiz als Warenhandelspartner für die EU wichtiger als Russland (5,5%), die Türkei (4,2%) oder Japan (3,6%).

### ... die Schweiz mehr Arbeitslose hat als Deutschland?

Gemäss dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) liegt im Jahr 2016 die jahresdurchschnittliche Jugend-Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 8,6% höher als in Deutschland mit 7%. Gleiches gilt für die Erwerbslosenquote im Jahr 2016, die für die Schweiz 5% und für Deutschland 4,1% beträgt.

### ... das Produktivitätswachstum in der Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit negativ ist?

Das Produktivitätswachstum ist in der Schweiz seit 2007 insgesamt sogar negativ. In der Dekade davor verzeichneten wir noch ein jährliches Wachstum von knapp 2 Prozent (BCA Research 2017).

Verena Herzog,  
Nationalrätin,  
Frauenfeld



## Was will das EU-Rahmenabkommen?

Ende 2012 teilte die EU der Schweiz mit, weitere bilaterale Verhandlungen kämen nur noch in Frage, wenn sich die Schweiz mit einem institutionellen Rahmenabkommen stärker in die EU einbinde. Wer Zugang zum Binnenmarkt haben wolle, müsse bedingungslos heutiges und künftiges EU-Recht akzeptieren und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen. Dieser entscheidet im Streitfall abschliessend, was zu Sanktionen (Strafmassnahmen) führen kann. Für die Schweiz hätte ein solches Rahmenabkommen schwerwiegende Auswirkungen:

- Ob ein EU-Gesetz auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betrifft, entscheidet allein die EU. Gegebenenfalls müsste die Schweiz alle EU-Gesetze übernehmen, die auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betreffen. Beim Abschluss der bilateralen Abkommen wurde durch die Schweiz der damalige Stand des EU-Rechts

übernommen. Seither wurde das EU-Recht weiterentwickelt. Aus Brüsseler Sicht entsprechen heute manche Abkommen nicht mehr dem neuesten EU-Recht.

- Wenn es zu Konflikten über die Auslegung der bilateralen Verträge kommt, entscheidet abschliessend der EU-Gerichtshof. Die Schweiz müsste ohne Mitsprache bei der Urteilsfindung die Entscheide dieses parteiischen Gerichts anerkennen und vollziehen. Sollte die Schweiz einem Entscheid des EU-Gerichts nicht Folge leisten, könnte die EU Strafmassnahmen verhängen. Die heutigen bilateralen Abkommen nennen keine Gerichte, welche im Streitfall entscheiden. Bei Konflikten werden Differenzen ohne Androhung von Sanktionen auf diplomatischer Ebene ausdiskutiert.

- Statt der bisherigen «Kohäsionsmilliarden» als freiwillige

Gegenleistung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte die Schweiz in Zukunft der EU jährliche Beiträge abzuliefern.

- Das Abkommen ist kein Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern «auf Augenhöhe», sondern ein verkappter Unterwerfungs- oder Kolonialvertrag. Auch wenn noch nicht alle Details zum Rahmenabkommen bekannt sind, zeigt sich bereits jetzt, dass der Schweiz nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte eingeräumt werden sollen.

Eine solcher «Freundschaftsvertrag» zur Einbindung der Schweiz in die EU ist nicht vereinbar mit der direktdemokratischen Schweizer Staatsform und darum von Volk und Ständen - der obersten Instanz des Landes - mit aller Kraft zu bekämpfen.

## Kommentar

### Kohäsionsmilliarde wofür?



Letzten November weilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf Staatsbesuch in Bern. Der Himmel hing voller Geigen. Angeblich. Bundespräsidentin Doris Leuthard war hin und weg. Juncker flötete von «Freundschaft» und «Kaiserwetter». Dafür erntete er Zusagen in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken. Leuthard bekräftigte stolz, dass man das Geldgeschenk «ohne Verknüpfung politischer Interessen» spreche, also ohne Gegenleistung.

### Scherbenhaufen

Mittlerweile liegt Leuthards Diplomatie des Geldverteils in Scherben. Die Geschenke brachten nichts. Katzenjammer folgt auf Kaiserwetter. Junckers Gesäusel entpuppt sich als getarnter Stich in den Rücken der Bundespräsidentin. Brüssel macht nicht Freundschafts-, sondern, wen wundert, Interessenpolitik: Leuthards Kumpel Juncker will die Schweiz gewaltsam in eine institutionelle Zwangsehe mit seiner EU hebeln, fremde Richter inbegriffen.

### Erpressung

Konkret: Die EU verlangt, dass wir künftig automatisch europäisches Recht übernehmen. Im Zweifelsfall soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Weigert sich die Schweiz, droht Brüssel mit Schikanen gegen den Finanzplatz. Immerhin wissen wir jetzt, was Junckers EU unter Freundschaft versteht. Es ist die Freundschaft eines Mafiapaten, der dir freundschaftlich den Arm bricht, wenn du dich seinen Forderungen widersetzt.

### Unredlichkeit

Jetzt rächt sich das jahrelange Doppelspiel des Bundesrats und seiner Diplomaten. Denen in Brüssel erzählten sie, man werde die widerspenstige Schweiz, bilateral, Stück für Stück doch noch irgendwie in die EU heran- bzw. hinein- führen. Gegenüber den Schweizern sagte man, das Ziel sei die bilaterale Unabhängigkeit. Jetzt hat die EU die Schummelei bemerkt und ist erzürnt. Man kann es fast verstehen.

### Wie weiter?

Wie weiter? Der Bundesrat muss gegenüber Brüssel endlich Klartext reden: Die Schweiz will gute Beziehungen zur EU, aber wir wollen keinen Beitritt, keine Einrahmung, keine automatische Rechtsübernahme und keine fremden Richter. Wir wollen auch keine 1,3 Milliarden an Länder verteilen, die dank dem Sponsoring ihre Steuern senken und unsere Firmen abwerben können. Wir wollen unsere Zuwanderung wieder selber steuern!

### Keine Zwangsheirat

Die EU wird keine Freude haben, aber das ist nicht so schlimm. Die EU will viel von uns, aber wir wollen nichts, was uns Brüssel geben könnte. Deshalb unser Rat ins Bundeshaus: Tief durchatmen, standhaft bleiben; gute Beziehungen immer, aber bitte keine Zwangsheirat mit der Europäischen Union. Juncker wird dieses Freundschaftsangebot verkraften.

Nationalrat  
Roger Köppel,  
Verleger und  
Chefredaktor  
Weltwoche,  
Küsnacht (ZH)



Gewinnen Sie  
beim nicht so  
tierisch ernstem

# Wettbewerb

Online mitmachen unter:  
[www.svp.ch/wettbewerb](http://www.svp.ch/wettbewerb)

## Wie gut kennen Sie die SVP?

1. Welches ist das Logo der SVP Schweiz?



MA Mond



SEL Sünneli



EL Stern

2. Was heisst SVP?



UO s'il vous plaît



GI Sixpacks vor pleasure



BS Schweizerische Volkspartei

3. Für welche Themen setzt sich die SVP vor allem ein?



TBE Freiheit und Unabhängigkeit



BAI Umverteilung und staatliche Regulierung

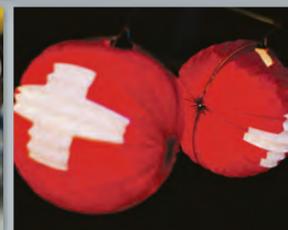


ITZ EU-Beitritt

4. Welches Jubiläum konnten wir dank der SVP am 6. Dezember 2017 feiern?



BLA 25 Jahre Meinungsfreiheit



OPI 25 Jahre 1. August-Feiertag



STI 25 Jahre EWR-Nein

5. Welches sind die beiden aktuellen Bundesräte der SVP?



YO Adolf Ogi und Christoph Blocher



MM Ueli Maurer und Guy Parmelin



AH Christa Rigozzi und Linda Fäh

6. Welches Ereignis führte zur Entstehung der SVP?



UNG Gründung der Zürcher Bauernpartei 1917



LAR Gründung Jodlerklub Seerose 1952



UPF Schlacht am Morgarten 1315

Und so geht's: Die rot gefärbten Buchstaben hier unten nacheinander eintragen.

## Lösungswort:

1. Preis: Bundeshaus-Führung für vier Personen mit einem Parlamentarier nach Wahl inklusive Mittagessen.
2. Preis: Grosser Bauern-Korb mit regionalen Produkten im Wert von Fr. 300.–.
3. Preis: Brunch-Gutschein vom Stockhorn, Hausberg des Parteipräsidenten Albert Rösti, im Wert von Fr. 200.–.

Machen Sie online mit unter [www.svp.ch/wettbewerb](http://www.svp.ch/wettbewerb) oder füllen Sie die Adressfelder aus, schneiden den Talon aus und senden Sie diesen in einem Couvert an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch)

Vorname: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ / Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail / Natel: \_\_\_\_\_

**Ausländerkriminalität**

10

Die SVP lanciert eine Volksinitiative zur Nennung der Nationalität von ausländischen Kriminellen.



**Mehr Geld zum Leben**

11

Eine gewerbefreundliche Gemeindepolitik bringt Wohlstand für alle!



**Steuern senken**

12

Werden unsere Steuergelder wirklich sparsam eingesetzt?



Mehr Schweiz braucht unser Kanton! Damit wir weiterhin in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können.

# Gemeindewahlen – stellen Sie mit der SVP die Weichen richtig!

Die Auswirkungen der nationalen Politik zeigen sich dort, wo das reale Leben stattfindet – in Ihren Gemeinden. Dort und nicht im Bundeshaus kämpft man konkret mit Arbeitsplatzverlusten, Sicherheitsdefiziten, explodierenden Wohnungsmieten und Sozialkosten oder Verkehrsüberlastung.



Konrad Langhart, Kantonsrat, Präsident SVP Kanton Zürich

Die Zürcher SVP und ihre gewählten Vertreter setzen sich auch in den Gemeinden ein für:

☑ eine Begrenzung der Zuwanderung auf die wirklichen Bedürfnisse der Schweiz. Es braucht wieder eine effiziente Ausländerpolitik, welche den Unternehmen einerseits ermöglicht, tatsächlich benötigte Fachkräfte im Ausland zu rekrutieren. Andererseits muss die Schweiz die Zuwanderung aber wieder selber steuern und die Inländer müssen im Arbeitsmarkt bevorzugt werden.

☑ gute Rahmenbedingungen für die Betriebe der Wirtschaft und der KMU von Gewerbe und Landwirtschaft. Die SVP kämpft für mehr Markt und unternehmeri-

sche Freiheit, weniger unnötige Regulierungen und Bürokratie sowie tiefere Steuern, Gebühren und Abgaben. Nur so bleiben die Arbeitsplätze in der Schweiz.

☑ eine Verkehrspolitik, die den Verkehr fließen lässt, statt ihn zu behindern. Nebst dem Schienenverkehr ist unsere Gesellschaft in erster Linie auf ein leistungsfähiges Strassennetz angewiesen. Die freie Wahl des Verkehrsmittels muss gewährleistet sein.

☑ einen sparsamen Staatshaushalt, die Reduktion der ständig steigenden Staatsausgaben und für den Abbau des wachsenden Schuldenbergs. Der Staat soll nicht ständig neue und unnötige Aufgaben übernehmen.

☑ eine konsequente Asylpolitik, die den echten Flüchtlingen Schutz gewährt, aber den Missbrauch und Fehlanreize konsequent bekämpft und verhindert.

☑ die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürger und eine konsequente Verbrechensbekämpfung. Täter sollen nicht als Opfer behandelt werden. Ausländische Straftäter müssen ausgeschafft werden.

☑ starke und gesunde Gemeinden. Dort soll den Bürgerinnen und Bürger eine bestmögliche Mitbestimmung gewährt werden. Die Gemeinden dürfen nicht weiter bevormundet werden.



Anita Borer, Kantonsrätin, Stadtratskandidatin Uster

«Mehr zum Leben, heute und in Zukunft? Nur ein schlanker, zurückhaltender Staat mit tiefen Steuern und Abgaben für Private und Unternehmen macht dies möglich. Wählen Sie entsprechend, Ihre Stimme zählt!».



Josef Lisibach, Stadtrat Winterthur

«Ich möchte mich als Stadtrat weiterhin mit Engagement und Begeisterung für meine Stadt Winterthur einsetzen. Dabei ist mir ein sorgsamer Umgang mit Steuergeldern und Gebühren sehr wichtig. Denn nur so kann Winterthur eine prosperierende Stadt sein.»

## Ausländerkriminalität

# SVP sorgt für Transparenz

Mit den offenen Grenzen, der Personenfreizügigkeit und dem gescheiterten Dubliner Übereinkommen ist die Kriminalität in der Schweiz markant angestiegen. Sämtliche Statistiken belegen, dass die Kriminalität wesentlich mit der Migration zusammenhängt. Die Ausländerkriminalität ist zu einem Problem geworden, welches nicht nur die öffentliche Sicherheit beeinträchtigt, sondern auch enorme Kosten zu Lasten der Gesellschaft mit sich bringt.

Die Schweizer Bevölkerung wollte dieser Entwicklung im November 2010 mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative entgegenwirken. Das Parlament nahm diesen Entscheid jedoch nicht ernst und verwässerte den Volksauftrag, wonach kriminelle ausländische Staatsbürger des Landes zu verweisen sind. Ganz ausgehebelt wurde das Volksverdict jüngst durch das Obergericht des Kantons Zürich. Dieses hat entschieden, einen straffälligen deutschen Staatsbürger nicht auszuschaffen, obwohl die Kriterien für den Landesverweis zweifelsfrei erfüllt sind. Das Obergericht ist der Ansicht, dass das Freizügigkeitsabkommen über die Verfassung und das Schweizerische Strafrechtbuch zu stellen sei.

«Das Obergericht ist der Ansicht, dass das Freizügigkeitsabkommen über die Verfassung und das Schweizerische Strafrechtbuch zu stellen sei.»

Dass die Ausländerkriminalität in der Schweiz zu einem alltagsbestimmenden Problem geworden ist, spüren aber nicht nur die Bürgerinnen und

Bürger, sondern auch die Behörden. Polizei und Justiz sind täglich und real mit diesem Problem und all seinen schwerwiegenden Folgen für die Opfer konfrontiert.

Auch den linken Exekutiv-Politikern entgeht die Ausländerkriminalität nicht. Nur können sie mit der Problematik nicht umgehen, da Ausländerkriminalität nicht in ihr ideologisches Weltbild passt. So hat die Stadt Zürich

«Mit dem Verschweigen der Nationalität von Tätern will die Stadt Zürich die Ausländerkriminalität vor der Bevölkerung verheimlichen.»

rich nun angeordnet, dass die Nationalität von Tätern inskünftig nicht mehr automatisch genannt wird. Während die Mehrheit des Schweizer Volkes kriminelle Ausländer ausschaffen will, versucht die Stadt Zürich nun der Ausländerkriminalität mit Faktenvertuschung Herr zu werden. Mit dem Verschweigen der Nationalität von Tätern will die Stadt Zürich die Ausländerkriminalität vor der Bevölkerung verheimlichen.



Die Ausländerkriminalität beträgt rund 50 %, bei einigen Straftaten sogar gegen 80 % – das darf nicht verschwiegen werden.

Die SVP ist jedoch nicht bereit, diese Zensurpolitik zu dulden. Sie lanciert deshalb ab Januar 2018 die Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben», welche den Entscheid der Stadt Zürich wieder korrigiert. Für die Bekanntga-

be der Nationalität besteht ein klares öffentliches Interesse, da die Bevölkerung ein Recht hat, umfassend und transparent über die öffentliche Sicherheit informiert zu sein. Die Statistiken belegen, dass bei Straftaten Täter aus bestimmten Ländern über-

proportional vertreten sind. Die Bevölkerung hat ein Anrecht zu wissen, aus welchen Ländern die Leute kommen, welche hier die Sicherheit beeinträchtigen und so Mehrkosten bei der Polizei, Justiz, dem Strafvollzug, usw. verursachen.

## «Mehr Schweiz» als Verpflichtung

Soll ein abgewiesener afrikanischer Asylbewerber, welcher seine Herkunft verschleiert, ein Praktikum für 20000 Franken erhalten, oder ist eine Hilfestellung bei einem 55-jährigen Schweizer, welcher Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt braucht, zielführender? Soll ich als Schulpflegler die Ressourcen mehrheitlich in Fördermassnahmen für schwache Kinder mit Migrationshintergrund investieren, oder ist es meine Aufgabe dafür zu sorgen, dass eine breite Schülerschaft beste Startbedingungen für den Übertritt in das Berufsleben erhält? Soll ich als Bürger am Gemeindegaschalter in Hochdeutsch oder vertrautem Schweizerdeutsch empfangen werden? Die Antworten auf diese Fragen sind klar.

Das Kernanliegen für die bevorstehenden Kommunalwahlen lautet deshalb: Wir wollen «mehr Schweiz» in den Kommunen! Wir wollen mehr Gemeindevorstände, Schulpflegler und Kommissionsmitglieder engagiert sehen, welche die Schweizer Werte beherzt vertreten. Sei es bei Personalentscheidungen oder bei der Frage, wo und wie das wertvolle Steuergeld investiert wird.

### Starke und gesunde Gemeinden

Die Gemeinden stehen heute unter grossem Druck. Sie verlieren zunehmend an Einfluss. Vieles wird weit oben und fernab der Bürger entschieden. Für die SVP ist klar: Derjenige, der eine Entscheidung trifft, soll auch unmittelbar die finanzielle Verantwort-

ung des Entscheids gegenüber dem Bürger und Steuerzahler zu vertreten haben. Wohnen, Leben und Arbeiten soll in den Zürcher Gemeinden attraktiv bleiben. Der Kanton fördert Gemeindefusionen aktiv. Das Kleine, oftmals bewährte, kann grösser gemacht werden. Professionalisierung gilt als Zauberwort. Zentralismus ist das Ziel. Diese Entwicklung ist zutiefst unschweizerisch und muss bekämpft werden. Die SVP setzt sich für starke und gesunde Gemeinden ein, denn in den Gemeinden soll den Bürgerinnen und Bürger eine bestmögliche Mitbestimmung im überschaubarem Rahmen gewährt werden. Die Mandatsträger in den Gemeinden müssen sich ihrer wichtigen Rollen bewusst sein und diese verteidigen. Sie müssen der Befehlskultur von Bund und Kanton entschieden entgegenzutreten. Nur wenn unsere Gemeinden einen möglichst grossen Entscheidungsspielraum haben, können sie gedeihen und gesund bleiben.

### Auswirkungen der Zuwanderung

Durch die Politik aus Bundesbern ist jedoch nicht nur die Unabhängigkeit und die Freiheit unseres Landes, sondern auch die Existenz und Handlungsfähigkeit der Gemeinden gefährdet. Seit 2007 sind netto rund 750000 Personen in unser Land eingewandert. Eine Studie der Zürcher Kantonsverwaltung zeigt auf, dass vier von fünf Zuzüglern nicht in einem Beruf mit Fachkräftemangel arbeiten. Nur 20 Prozent der seit 2007 eingewander-



Die Schweizer Fahne steht für Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Wer das will, wählt SVP.

ten Personen arbeiten in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Nur bei 55 % der Einwanderer lag der Grund des Zuzugs in den Kanton Zürich in der Erwerbstätigkeit. Die restlichen Personen kamen aufgrund eines

«Die SVP setzt sich für starke und gesunde Gemeinden ein ... Wir wollen «mehr Schweiz» in den Kommunen!»

Asylantrags oder im Rahmen des Familiennachzugs. Das Fazit: Es ziehen immer mehr Ausländer in die Schweiz bzw. in die Zürcher Gemeinden, für welche seitens der Wirtschaft kein Bedürfnis besteht, die aber die hiesigen Infrastrukturen und Sozialsysteme in

Anspruch nehmen. Bekanntlich setzt sich die SVP für eine Begrenzung der Zuwanderung und einen Inländervorrang ein. Der Staat und die Gemeinden müssen beim Inländervorrang eine Vorbildrolle einnehmen. Inländer sind gegenüber Ausländern zu bevorzugen. Die Direkteinwanderung in die Sozialhilfe und die damit verbundene Kostenexplosion der Gemeindefinanzen ist zu stoppen. Obwohl die Zürcher Gemeinden bezüglich Einwohner massiv gewachsen sind, sinken vielerorts hingegen die durchschnittlichen Steuererträge der natürlichen Personen. Den tieferen Einnahmen steht die massive Kostenexplosion insbesondere im Bereich der Sozialausgaben gegenüber. Die Gemeinde bildet de facto das letzte soziale Auffangnetz für all jene, welche im Zuge der Massenzuwanderung aus dem Erwerbsleben

verdrängt wurden oder direkt in die soziale Hängematte einreisen.

### Mehr Amateure für mehr Schweiz

Die Rahmenbedingungen zum Ausführen eines Behördenamtes auf kommunaler Stufe sind gleichermassen interessant wie auch herausfordernd. Statt mehr Verwaltung braucht es mehr Courage und mehr bodenständigen Sachverstand von Personen, welche sich als Amateure und Milizpersonen in den Gemeinden engagieren wollen. Die Bezeichnung Amateur scheint manch einer im negativen Kontext zu verwenden. Man merke: «Amateur» von lateinisch «Liebhaber» ist per Definition eine Person, die ihre Tätigkeit aus Liebe zur Sache ausübt, ohne daraus einen Beruf zu machen beziehungsweise grosses Geld für seine Leistung zu erhalten. Ein Hoch also auf die Amateure in unserem Kanton, welche sich im Kontext der wahrlich grossen Herausforderungen der Situation stellen und beherzt einstehen für mehr Schweiz!



Stefan Schmid, Kantonsrat, Gemeinderat Niederglatt

# Unkontrollierte Migration und Zuwanderung stoppen!

Roger Bachmann,  
Stadtrat Dietikon



Die ungebremste Zuwanderung und der damit verbundene Dichtestress wird für Städte, Gemeinden und ihre Einwohnerinnen und Einwohner zunehmend zur Belastungsprobe: Die nominell wachsende Bevölkerungszahl, die z.B. einen Ausbau der bestehenden Infrastrukturbauten erfordert, ist dabei nur ein Teil des Problems. Viel mehr schlägt auf der Aufwandseite zu Buche, dass es sich bei einem erheblichen Teil der Migrantinnen und Migranten keineswegs um die viel gepriesenen Fachkräfte handelt, die unsere Gesellschaft

«Fast die Hälfte aller Zugezogenen im Kanton Zürich kam aufgrund eines Asylantrages oder infolge Familiennachzug.»

in irgendeiner Form, und schon gar nicht wirtschaftlich, «bereichern» würden. Das Gegenteil ist der Fall: Fast die Hälfte aller Zugezogenen im Kanton Zürich kam aufgrund eines Asylantrages oder infolge Familiennachzug. Welche Auswirkungen dies auf kommunaler Ebene zeitigt, lässt sich anhand eines Beispiels doku-

mentieren, das ich kürzlich als zuständiger Sozialvorstand selber erleben konnte: Unsere Stadt erhielt die Aufgabe, einem 47-jährigen anerkannten Flüchtling aus Eritrea eine

«... innert kürzester Zeit Wohnraum für eine Grossfamilie mit acht Personen organisieren.»

Bleibe zu suchen. Vier Monate später kam via Kanton der Auftrag die Familienzusammenführung zu organisieren, weil zwischenzeitlich auch die 39-jährige Frau mit den sage und schreibe sechs Kindern, im Alter zwischen 4 und 18 Jahren, in der Schweiz eingetroffen waren. Es fängt nun damit an, dass die zuständige Stadt oder Gemeinde in einem solchen Fall innert kürzester Zeit Wohnraum für eine Grossfamilie mit acht Personen organisieren muss, was in aller Regel zu einem fast unlösbaren Problem führt. Im Weiteren wird die Einschulung der Kinder massiven personellen und finanziellen Aufwand zur Folge haben, genauso wie die soziale und berufliche Integration der Eltern, wobei erfahrungsgemäss und auch statistische belegbar, in der überwiegenden

Zahl der Asylfälle aus dem afrikanischen Raum eine echte Integration aussichtslos scheint und der lebenslängliche Verbleib in der Sozialhilfe fast schon garantiert ist. Aber nicht nur die Zuwanderung in unser Sozialsystem belastet die kommunalen Finanzhaushalte stetig. Auch eine zunehmende Anspruchshaltung, die sich quer durch alle Nationalitäten, Bevölkerungsschichten und Altersgruppen zieht,

«Bei Asylfällen aus dem afrikanischen Raum scheint eine echte Integration aussichtslos und der lebenslängliche Verbleib in der Sozialhilfe ist fast schon garantiert.»

belastet die Gemeinwesen immer mehr. Diese Haltung gefährdet damit nicht nur den Solidaritätsgedanken, auf dem alle unsere Sozialwerke beruhen, sondern auch den sozialen Frieden in unserem Land, was letztlich den tatsächlichen Hilfsbedürftigen Menschen nur schadet. Wir alle sind aufgefordert wieder vermehrt Eigenverantwortung für unser Handeln zu übernehmen!



Statt der Einwanderung von benötigten Facharbeitern, erleben wir die Einwanderung in unsere Sozialsysteme.

## Eine gewerbefreundliche Gemeindepolitik bringt Wohlstand für alle!

Der Spielraum der Schweizer Gemeinden wird immer mehr beschränkt. Jahr für Jahr treten neue Gesetze und Vorschriften in Kraft, welche die Gemeinden direkt in ihren Kompetenzen beschneiden und deren Freiheiten Stück für Stück berauben.



Dafür setzt sich die SVP ein: Mehr Geld für den Bürger zum Leben, statt immer höhere Steuern und Gebühren für den Staat.

Diese Entwicklung ist nicht nur schlecht für unsere Gemeinden, sondern auch schlecht für das Gewerbe und für unser Land. Vor allem linken Regierungsräten sind die kleineren bürgerlichen Gemeinden oftmals ein Dorn im Auge. Fernab von staatlich geförderten Genossenschaftsbauten ist ihr Einfluss gering. Hier will der Bürger selbstbestimmt leben und das Geld lieber für sich behalten oder investieren, als es der staatlichen Umverteilmaschinerie zu übergeben. Die Idee unseres föderalistischen Staatsaufbaus ist, möglichst viele Aufgaben durch die unterste Stufe, die Gemeinden, erledigen zu lassen.

«Die Idee unseres föderalistischen Staatsaufbaus ist, möglichst viele Aufgaben durch die unterste Stufe, die Gemeinden, erledigen zu lassen.»

sen. Gerade dieser Grundsatz hat über viele Jahre zum Wohlstand der Schweiz beigetragen. Er ist ein wichtiger Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz. Denn die Gemeinden haben in der Regel gesunde Finanzen, da der Bürger direkt mitbestimmen kann, ob und für was das Geld eingesetzt wird. Leider ist die Tendenz heute gegenläufig und Bund und Kantone wollen immer mehr Aufgaben übernehmen. Mit teuren Folgen für den Steuerzahler.

Wer eine gewerbefreundliche Gemeindepolitik will, der muss den Gemeinden wieder mehr Kompetenzen für ihre Aufgabenerfüllung geben. Denn heute sind rund 80% der Ausgaben in den Gemeinden fremdbestimmt. Auch verhindern die heutigen strengen Submissionsbestimmungen

«Heute sind rund 80% der Ausgaben in den Gemeinden fremdbestimmt.»

oftmals, vernünftige Vergabeentscheidungen treffen zu können.

Die Gemeinden können aber dennoch einiges bewegen. Ich durfte 15 Jahre Gemeindepräsident von Volketswil sein. Der nahe Kontakt zum Gewerbe und zur Industrie hatte für mich immer oberste Priorität. Oft ist es schon hilfreich, wenn ein Unternehmer weiss, wen er bei Bedarf anrufen kann. Die kurzen Wege in einer Gemeinde erlauben es oft, rasch und unkompliziert Lösungen zu finden. Ein weiteres Beispiel von gewerbefreundlicher Gemeindepolitik ist das Baubewilligungsverfahren. Es war immer mein Bestreben, ein rasches Baubewilligungsverfahren sicherzustellen, damit die entsprechenden Investitionen getätigt werden können. Aber auch der Steuerfuss in einer Gemeinde hat neben guten Verkehrs-

anbindungen und einer guten Infrastruktur eine wichtige Priorität.

Die Gemeinden sind das Rückgrat unserer Schweiz und das Gewerbe ist das Rückgrat unseres Wohlstandes. Das Gewerbe und die Gemeinden sind gegenseitig aufeinander angewiesen. Gemeinsam sind sie stark, wenn man sie leben lässt. Aber auch schwach, wenn man sie mit zu vielen Vorschriften an der Entwicklung hindert. Die Gemeinden und das Gewerbe sind in den nächsten Jahren durch

«Die Gemeinden sind das Rückgrat unserer Schweiz.»

den Wandel unserer Technologie und unserer Gesellschaft enorm gefordert. Im Gewerbe, aber besonders in den Gemeinden braucht es auch künftig Leute, die anpacken statt verwalteten. Es braucht viele innovative Führungskräfte mit Weitsicht. Dies zum Wohle unseres Landes.

Bruno Walliser,  
Nationalrat,  
Volketswil



# Werden unsere Steuergelder wirklich sparsam eingesetzt?

Sowohl auf Bundes-, Kantons- als auch auf Gemeindeebene erleben wir immer wieder dasselbe: Im Grundsatz sprechen sich alle Parteien für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern aus. Im konkreten Einzelfall stellen wir jedoch das Gegenteil fest.

Ein beträchtlicher Teil der Steuereinnahmen wird für Ausgaben verwendet, von denen die Bevölkerung keinen Gegenwert hat. Auch fliessen die Steuern in den ständigen Ausbau der Verwaltung. Dies ist nur möglich, weil die Finanzvorstände den Steuerfuss bewusst zu hoch ansetzen. Dabei wäre es nutzenstiftender, wenn man dem Gewerbe und der Bevölkerung möglichst geringe finanzielle Lasten aufbürden würde. Dass mit Steuereinnahmen oft unsorgfältig umgegangen wird, lässt sich exemplarisch an drei Beispielen aus der Gemeinde Illnau-Effretikon aufzeigen:

«**Allein von 2017 auf 2018 erhöht sich der Personalaufwand um satte 815 000 Franken.**»

In Illnau-Effretikon hat der Stadtrat in den letzten Jahren die Stadtverwaltung trotz diverser Auslagerungen von Aufgaben im Durchschnitt um rund zwei Stellen pro Jahr ausgebaut. Lag der Personalaufwand 2014 noch bei 24,8 Millionen Franken, so beträgt dieser im Budget 2018 bereits über 26,5 Millionen Franken. Allein von



Nur wenn dem Staat Gelder entzogen werden, kann der Ausgaben-schlendrian in der Verwaltung gestoppt werden.

2017 auf 2018 erhöht sich der Personalaufwand um satte 815'000 Franken – bei etwa gleichbleibender Einwohnerzahl, wohlverstanden. Dieser erneute Stellenausbau kostet die Bevölkerung im Jahre 2018 zwei unnötige Steuerfussprozente, ohne dass sie dafür einen tatsächlichen Mehrwert erhält!

Ein weiteres Beispiel ist der inakzeptable Entscheid des Stadtrates zur finanziellen Unterstützung eines Referen-

dumskomitees. Die Illnau-Effretiker Exekutive wollte sich mit Steuergeldern in den kantonalen Abstimmungskampf zur Finanzierung von Heimplatzierungen einmischen. Auf meinen Stimrechtsrekurs hin hat der Regierungsrat des Kantons Zürich dann richtigerweise entschieden, dass eine solche finanzielle Einmischung mit Steuergeldern in eine Volksabstimmung unzulässig ist. Der verantwortliche Stadtrat zeigt jedoch bis heute keine Einsicht.

Noch nachdenklicher stimmt der lose Umgang mit Steuergeldern bei der Sozialhilfe. Betrachtet man die Rechnungen der letzten Jahre, so ist festzustellen, dass sich die Sozialhilfekosten von Illnau-Effretikon innerhalb von acht Jahren mehr als verdoppelt haben! Ein pikantes Detail dabei ist, dass bei jährlichen Sozialhilfekosten von 7,4 Millionen Franken über 4,4 Millionen Franken an Ausländer ausgerichtet werden. Den Stadtrat und

die Sozialhilfebehörde scheint dies aber nicht zu kümmern.

Die Folgerung aus meiner mehrjährigen Tätigkeit als Kantons- und Gemeinderat ist klar: Der Ausgaben-schlendrian von Exekutive und

«**Die Sozialhilfekosten von Illnau-Effretikon haben sich innerhalb von acht Jahren mehr als verdoppelt!**»

Verwaltung lässt sich nur durch finanziellen Druck bekämpfen. Deshalb werde ich mich auch weiterhin für eine Senkung des Steuerfusses einsetzen – ganz im Interesse des Gewerbes und der Steuerzahler!

René Truninger  
Kantonsrat,  
Gemeinderat  
Illnau-Effretikon



«**Ich werde mich im Gemeinderat Bülach dafür einsetzen, dass Träumereien und abenteuerliche Ideologien der Ratslinken keine Mehrheit finden und diejenigen Werte wieder gewinnen, die uns stark gemacht haben.**»

Gemeinderatskandidat Bülach



Matthias  
Maag

«**Das Volk und insbesondere die Familien müssen über die Schulbildung mitbestimmen können. Die Verantwortung der Kindererziehung soll bei den Eltern bleiben. Dafür setze ich mich ein – für Wetzikon und für den Kanton Zürich.**»

Gemeinderatskandidat Wetzikon



Timotheus  
Bruderer



Eveline  
Meyer

Gemeinderätin Dübendorf

«**Steigende Sozialkosten, überbeuerte Bauten sowie verschwenderischer Umgang mit Steuergeldern – all dies erleben wir täglich in den Gemeinden. Um diese Missstände zu bekämpfen ist es wichtig, dass die SVP in den Gemeinden zulegt.**»



Sebastian  
Huber

Gemeinderat Adliswil

«**Traditionen und Werte verteidigen! Wohlstand, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit haben die Schweiz zu einem der erfolgreichsten Länder der Welt gemacht. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Dank dem Einsatz der SVP!**»

## Weltfremde Gerichtsurteile

Die Urteile fremder Richter stehen heute über unseren Volksentscheiden. Die politische Elite will das so. Der gesunde Menschenverstand wird damit zum Teil ausgeschaltet. Das zeigen folgende Beispiele:

### Richter in Strassburg schützen Versicherungsbetrügerin

Frau Vukota-Bojic erlitt einen Verkehrsunfall und erhielt in der Folge eine volle Invalidenrente. Sie verweigerte jedoch später eine weitere medizinische Untersuchung. Also liess die Unfallversicherung sie durch einen Privatdetektiv überwachen. Dieser beobachtete Frau Vukota-Bojic bei Tätigkeiten wie beispielsweise beim Einkaufen und Autofahren, die gemäss einem Experten auf eine Arbeitsunfähigkeit von lediglich noch 10 Prozent schliessen liessen. Dies führte zu einer Reduktion der Rente, was auch das Schweizerische Bundesgericht gut hiess. Doch die Richter in Strassburg sahen in der Überwachung von Frau Vukota-Bojic eine Verletzung der Privatsphäre – obwohl sie zu Unrecht eine massiv zu hohe Rente bezog!

(Urteil *Vukota-Bojic gegen die Schweiz*, 18.10.2016, Nr. 61838/10)

### Richter in Strassburg schützen kriminellen nigerianischen Sozialhilfebezügler

Herr Udeh, ein Nigerianer, war früher einmal mit falscher Identität in die Schweiz eingereist, wurde später wegen Kokainhandels in Deutschland verurteilt und wollte schliesslich



Nicht demokratische legitimierte Urteile der Richter in Strassburg stehen seit ein paar Jahren über Volksentscheiden der Schweiz. Die Selbstbestimmungs-Initiative will dies wieder ändern.

wieder in der Schweiz leben. Hier bezog er Sozialhilfe. Er hatte zudem eine Schweizerin geheiratet, mit ihr zwei Kinder gezeugt, sich von ihr dann scheiden lassen und mit einer neuen Freundin ein weiteres Kind gezeugt. Das Schweizerische Bundesgericht verweigerte ihm ein Aufenthaltsrecht, unter anderem auch, weil er beruflich und sozial schlecht integriert war und schlecht Deutsch sprach. Doch die Richter in Strassburg stellten sein Interesse, in der Schweiz zu leben, über das Ziel, kriminelle Ausländer von der Schweiz fernzuhalten, und so durfte Herr Udeh in der Schweiz bleiben!

(Urteil *Udeh gegen die Schweiz*, 16.4.2013, Nr. 12020/09)

### Fakt ist:

Ein zentrales Menschenrecht ist das Stimm- und Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger. Bereits Art. 21 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte sagt, dass jeder Mensch das Recht hat, an der Leitung öffentlicher Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen. Dies bedeutet auch, sich nicht durch fremde Richter bestimmen zu lassen. In der direkten Demokratie haben die Schweizerinnen

und Schweizer am meisten Mitbestimmungsrechte. Das Volk ist der Souverän. Von Iran über Afrika und Venezuela bis in die EU wünschen sich die Bürger zurecht mehr Mitbestimmung. Das Modell der Schweiz wird oft gerühmt. Verspielen wir diese Vorbildrolle nicht durch die Aufgabe unserer Selbstbestimmung!



Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona (SG)

# Selbstbestimmung stärkt Wirtschaft



Extrablatt im Interview mit Nationalrat und Unternehmer Franz Grüter, Verwaltungsratspräsident der green.ch. Die green.ch AG wurde 1995 gegründet und gehört heute zu den führenden Informatikdienstleistern der Schweiz. Der 54-jährige Grüter ist verheiratet und lebt mit seinen beiden Töchtern sowie einem Sohn in Eich im Kanton Luzern. Er engagiert sich beim FC Luzern und besucht regelmässig die Heimspiele seines Lieblingsvereins. Er entspannt sich am besten in der Natur, zum Beispiel auf einer Biketour oder beim Wandern.

### Warum unterstützen Sie als Unternehmer die Selbstbestimmungs-Initiative?

Die Green-Gruppe ist erfolgreich tätig im internationalen Geschäft mit der Beherbergung von Daten und IT-Systemen in der Schweiz. Unternehmen aus der ganzen Welt vertrauen uns ihre Daten an. Wenn ich mit Kunden aus aller Welt spreche und sie frage, weshalb sie hierherkommen, höre ich immer wieder folgende Argumente: Die Schweiz ist ein unabhängiges, stabiles und neutrales Land. Wir sorgen eigenständig dafür, dass wir hier sichere und freihandliche Verhältnisse haben. Man hat Vertrauen in die Zuverlässigkeit, Stabilität und Unabhängigkeit unseres Landes. Dies sind die Werte, auf denen der Erfolg der Schweiz beruht. Aus tiefer Überzeugung glaube ich deshalb, dass wir die direkte Demokratie und Selbstbestimmung erhalten und stärken müssen.

Der Bundesrat und die Wirtschaftsverbände behaupten, die Initiative schade dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Was sagen Sie?

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft Rechtssicherheit. Sie regelt klar, dass die Bundesverfassung die oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft ist und Volksentscheide respektiert werden müssen. So bleibt unsere Rechtsordnung berechenbar und in der Gesellschaft und Wirtschaft verankert. Die Schweiz ist ein sehr beliebter Wirtschaftsstandort, weil wir dank der direkten Demokratie politisch sehr stabile und damit für Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen bieten können. Diesen Vorteil dürfen wir nicht verspielen. Deshalb braucht es die Initiative. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass Bundesrat, Bundesgerichte und Parlament im Sinne unserer Verfassung und damit auch der Bevölkerung entscheiden. Dies war in der jüngsten Vergangenheit erschreckenderweise nicht immer der Fall.

Setzt die Initiative die Planungssicherheit von Schweizer Unternehmen aufs Spiel?

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die aktuelle Rechtslage mit einer «dyna-

mischen Rechtsentwicklung» und Regulierungshektik wird für Unternehmen in der Schweiz immer mehr zu einer Black Box. Unternehmen suchen Verlässlichkeit. Rechtssicherheit hat daher als Standortfaktor einen zentralen Stellenwert. Wo die rechtliche Situation unberechenbar wird, leidet das Investitionsklima. Die direkte Demokratie schafft die dringend nötige Rechtssicherheit und Stabilität.

Was sagt Ihre Familie zu der von Ihnen vertretenen Politik?

In meiner Familie muss ich keine Überzeugungsarbeit leisten. Wir sind uns der Erfolgsgeschichte der Schweiz bewusst, welche darauf beruht, dass wir hier selbständig, frei und unabhängig bestimmen können. Gerade die jüngsten Beispiele zeigen, wie Entschiede aus Brüssel immer öfter zentralistische Züge annehmen und deshalb in der breiten Bevölkerung auf Unverständnis stossen. Aus der Schweiz, mit einer jahrhundertealten Tradition der Selbstbestimmung, ist die direkte Demokratie nicht wegzudenken.

## An unserem bewährten demokratischen System festhalten

Die direkte Demokratie ist eine der Säulen unseres politischen Systems. Sie ist Ausdruck der Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Doch den Eliten in Politik und Recht ist die direkte Demokratie ein Dorn im Auge.

Alle drei Staatsgewalten sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, internationales Recht über unser eigenes Recht zu stellen. Damit schränken sie die Mitbestimmung der Bürger ein. So stellt das Bundesgericht neuerdings auch das nicht zwingende Völkerrecht über das Schweizer Recht. Noch im Jahr 2010 war klar, dass Verfassungsbestimmungen, die nicht zwingendem Völkerrecht widersprechen, umgesetzt werden müssen. Die neue Ordnung bedeutet zum Beispiel, dass trotz Ausschaffungsinitiative ein verurteilter, rückfallgefährdeter, arbeitsloser deutscher Schläger nicht nach Deutschland ausgeschafft werden kann, weil er dank der Personenfreizügigkeit in der Schweiz leben darf.

### Keine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Auch das Parlament beschränkt den Einfluss des Volkes mit dem Argument, dass die Verfassung gegenüber

internationalem Recht «sekundär» sei (Nationalrat Kurt Fluri, FDP). So hat es sich geweigert, den Entscheid des Stimmvolkes umzusetzen, dass wir die Zuwanderung wieder selber steuern wollen. Ziel des Parlaments war es, auf keinen Fall die EU zu verstimmen. Gebracht hats, wie wir jetzt wissen, nichts!

### Internationalisierung ist Hauptgrund für Überregulierung

Schliesslich richtet sich auch die Verwaltung in erster Linie nach internationalem Recht aus. Unablässig passt sie ihre Vorschriften dem EU-Recht und den Empfehlungen und Länderberichten von internationalen Organisationen an. Die Internationalisierung des Rechts beschert uns neue detaillierte Vorschriften über Lebensmittel, immer neue Beschränkungen im Finanzbereich, menschenrechtlich motivierte Geschlechterquoten in



Nationalrat Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht, Zürich: «Der Vorrang des internationalen Rechts bringt der Schweiz eine Entmündigung und Beherrschung der Bürgerinnen und Bürger. Damit muss Schluss sein.»

Verwaltungsräten und zahllose andere Beschränkungen unserer Freiheit.

### Bewährte Selbstbestimmung

Die Selbstbestimmung der Bürger hat uns Wohlstand und Frieden gebracht.

Dagegen bringt uns der Vorrang des internationalen Rechts, diese neue Wunderwaffe zur Entmündigung und Beherrschung der Bürger: Immer mehr Gesetzesvorschriften, eine unkontrollierte Zuwanderung und Kriminelle,

die unter dem Titel der Personenfreizügigkeit in der Schweiz verweilen. Kehren wir zum bewährten System der demokratischen Mitbestimmung der Bürger zurück und sagen Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

### Was will die im August 2016 eingereichte Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»?

Die Selbstbestimmungsinitiative möchte die bewährte Ordnung wiederherstellen. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Die Politiker verweigern dem Verfassungsrecht unter Berufung auf internationales Recht und sog.

völkerrechtliche Verträge den Vorrang. Die Selbstbestimmungsinitiative will die bewährte Ordnung, dass die Schweizer Verfassung vor internationalen Verträgen Vorrang hat wiederherstellen. Dies garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

# Wir übernehmen Verantwortung ... im Bundeshaus

## 64 Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP

### Kanton Aargau



**Thomas Burgherr** 01.08.1962, eidg. dipl. Zimmermeister, Unternehmer, 3 Kinder, Wiliberg  
**Sylvia Flückiger-Bäni** 01.06.1952, Unternehmerin, 2 Kinder, Schöffland  
**Ulrich Glezendanner** 31.10.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Rothrist  
**Andreas Glarner** 09.10.1962, Unternehmer, 2 Kinder, Oberwil-Lieli  
**Hansjörg Knecht** 24.03.1960, Unternehmer, Leibstadt  
**Maximilian Reimann** 07.05.1942, Dr. iur., Finanzjurist, 2 Kinder, Gipf-Oberfrick  
**Luzi Stamm** 09.09.1952, Rechtsanwalt / Ökonom, 3 Kinder, Baden-Dättwil

### Kanton Appenzell Ausserrhodens



**David Zuberbühler** 20.02.1979, Unternehmer, 2 Kinder, Herisau

### Kanton Basel-Stadt



**Sebastian Frehner** 02.09.1973, Dr. iur., Jurist, Unternehmer, 1 Kind, Basel

### Kanton Basel-Landschaft



**Thomas de Courten** 29.07.1966, Unternehmer, 3 Kinder, Rünenberg  
**Sandra Sollberger** 27.10.1973, eidg. dipl. Malermeisterin, Unternehmerin, 2 Kinder, Bubendorf

### Kanton Bern



**Andreas Aebi** 26.11.1958, eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, 3 Kinder, Alchenstorf  
**Adrian Amstutz** 02.12.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Sigriswil  
**Manfred Bühler** 10.04.1979, Rechtsanwalt, Cortébert  
**Andrea Geissbühler** 03.08.1976, Polizistin, Reitpädagogin, 3 Kinder, Bärswil  
**Erich Hess** 25.03.1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern

### Kanton Bern



**Nadja Pieren** 14.02.1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkindererzieherin, Betriebsleiterin, Burgdorf  
**Albert Rösti** 07.08.1967, Dr.-Ing. agr. ETH, Unternehmer, 2 Kinder, Uetendorf  
**Werner Salzmann** 05.11.1962, Dipl.-Ing. agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft, 4 Kinder, Mülchi  
**Erich von Siebenthal** 30.12.1958, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn, 3 Kinder, Gstaad

### Kanton Freiburg



**Pierre-André Page** 19.04.1960, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Châttonaye  
**Jean-François Rime** 28.06.1950, Unternehmer, 3 Kinder, Bulle

### Kanton Gené



**Céline Amaudruz** 15.03.1979, lic. iur., Vermögensverwalterin, Gené  
**Yves Nidegger** 17.05.1957, Anwalt, 5 Kinder, Gené

### Kanton Graubünden



**Heinz Brand** 06.09.1955, Berater, Jurist, 1 Kind, Klosters  
**Magdalena Martullo-Blocher** 13.08.1969, lic. oec., Unternehmerin, 3 Kinder, Meilen

### Kanton Luzern



**Yvette Estermann** 26.02.1967, Ärztin, 1 Kind, Kriens  
**Franz Grüter** 29.07.1963, Unternehmer, 3 Kinder, Eich  
**Felix Müri** 22.01.1958, Unternehmer, 4 Kinder, Emmenbrücke

### Kanton Nidwalden



**Peter Keller** 22.04.1971, lic. phil. I, Autor/Journalist, Hergiswil

### Kanton Schaffhausen



**Thomas Hurter** 01.11.1963, Linienpilot, 2 Kinder, Schaffhausen

### Kanton St. Gallen



**Toni Brunner** 23.08.1974, Landwirt, Ebnet-Kappel  
**Roland Rino Büchel** 08.10.1965, Sportmanager, Kleinunternehmer, 1 Kind, Oberriet  
**Barbara Keller-Inhelder** 24.08.1968, Geschäftsführerin, 2 Kinder, Rapperswil-Jona  
**Thomas Müller** 01.12.1952, lic. iur., Stadtpräsident, 3 Kinder, Rorschach  
**Lukas Reimann** 18.09.1982, MLaw, Jurist, Wil

### Kanton Solothurn



**Christian Imark** 29.01.1982, Polymechaniker, Area-Sales-Manager, Fehren  
**Walter Wobmann** 21.11.1957, Technischer Kaufmann, Verkaufsleiter, 3 Kinder, Gretzenbach

### Kanton Schwyz



**Marcel Dettling** 01.02.1981, Landwirt, 3 Kinder, Oberiberg  
**Pirmin Schwander** 28.12.1961, Dr. oec. publ., Unternehmer, 2 Kinder, Lachen

### Kanton Thurgau



**Diana Gutjahr** 13.01.1984, Unternehmerin, Betriebsökonomin, Romanshorn  
**Markus Hausammann** 20.09.1964, Meisterlandwirt, 4 Kinder, Langrickenbach  
**Verena Herzog** 07.02.1956, dipl. Kindergärtnerin, Geschäftsfrau, 3 Kinder, Frauenfeld

### Kanton Tessin



**Marco Chiesa** 10.10.1974, lic. rer. pol., Leiter Alterszentrum, 2 Kinder, Lugano (Ruvigliana)

### Kanton Uri



**Beat Arnold** 24.04.1978, akademischer Mentalcoach, 1 Kind, Schattdorf

### Kanton Waadt



**Michaél Buffat** 27.09.1979, Bankleiter, Vuarens  
**Alice Glauser-Zufferey** 18.10.1954, Landwirtin, 4 Kinder, Champvent  
**Jean-Pierre Grin** 16.03.1947, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Pomy  
**Jacques Nicolet** 24.10.1965, Landwirt, 4 Kinder, Lignerolle

### Kanton Wallis



**Jean-Luc Addor** 22.04.1964, Rechtsanwalt, 2 Kinder, Savièze  
**Franz Ruppen** 24.02.1971, Advokat und Notar, Naters

# für die Schweiz ...

**Kanton Zug**



**Thomas Aeschli**  
13.01.1979, lic. oec. HSG, Harvard MPA, Unternehmensberater, Baar

**Kanton Zürich**



**Hans Egloff**  
27.11.1959, Rechtsanwalt, Aesch



**Alfred Heer**  
12.10.1961, Kleinunternehmer, Zürich



**Roger Köppel**  
21.03.1965, Verleger und Chefredaktor «Die Weltwoche», 3 Kinder, Küsnacht



**Thomas Matter**  
23.03.1966, Unternehmer, 4 Kinder, Zürich



**Natalie Rickli**  
19.11.1976, Beraterin Kommunikation, Winterthur



**Gregor Rutz**  
12.10.1972, lic. iur., Unternehmer, Zürich



**Jürg Stahl**  
16.01.1968, eidg. dipl. Drogist, Mitglied der Direktion, 1 Kind, Brütten

**Kanton Zürich**



**Barbara Steinemann**  
18.06.1976, lic. iur., Juristin, Watt



**Mauro Tuena**  
25.01.1972, Computertechniker, Zürich



**Hans-Ueli Vogt**  
05.12.1969, Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht, Zürich



**Bruno Walliser**  
11.04.1966, eidg. dipl. Kaminfegermeister, 2 Kinder, Volketswil



**Claudio Zanetti**  
16.06.1967, lic. iur., Jurist, Kommunikationsberater, Gossau

**5 Ständeräte**

**Kanton Glarus**



**Werner Hüsli**  
30.08.1961, Leiter Alterszentrum, 1 Kind, Haselün

**Kanton Schaffhausen**



**Hannes Gormann**  
01.07.1956, Betriebsökonom, 2 Kinder, Opfertshofen

**Kanton Schwyz**



**Peter Föhn**  
11.12.1952, Unternehmer, 4 Kinder, Muotathal

**Kanton Thurgau**



**Roland Eberle**  
07.12.1953, Unternehmer, dipl. Ing. Agr. ETH, 3 Kinder, Weinfelden

**2 Bundesräte**



**Guy Parmelin**  
09.11.1959, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Bursins (VD)



**Ueli Maurer**  
01.12.1950, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), 6 Kinder, Wernetshausen (ZH)

# ... im Bundesrat

# ... in den Kantonsregierungen

**23 Regierungsräte der SVP**

**Kanton Aargau**



**Alex Hürzeler**  
01.06.1965, Vorsteher Departement Bildung, Kultur und Sport, Landstatthalter, Oeschgen



**Franziska Roth**  
01.05.1964, Vorsteherin des Departements Gesundheit und Soziales, 1 Kind, Brugg

**Kanton Appenzell Ausserrhoden**



**Köbi Frei**  
06.03.1959, Vorsteher Finanzdepartement, 2 Kinder, Heiden

**Kanton Bern**



**Christoph Neuhaus**  
10.05.1966, Vorsteher Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, 1 Kind, Belp



**Pierre-Alain Schnegg**  
13.12.1962, Vorsteher der Gesundheits- und Fuhrorsorgedirektion, 4 Kinder, Champoz

**Kanton Basel-Landschaft**



**Thomas Weber**  
23.11.1961, Vorsteher Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, 3 Kinder, Buss

**Kanton Glarus**



**Marianne Lienhard**  
17.07.1968, Vorsteherin Departement Volkswirtschaft und Inneres, Elm

**Kanton Luzern**



**Paul Winkler**  
13.04.1956, Vorsteher Justiz- und Sicherheitsdepartement, 2 Kinder, Kriens

**Kanton Nidwalden**



**Ueli Amstad**  
19.02.1959, Vorsteher Landwirtschafts- und Umweltdirektion, 3 Kinder, Stans



**Res Schmid**  
25.02.1958, Vorsteher Bildungsdirektion, 2 Kinder, Stans

**Kanton St. Gallen**



**Stefan Kölliker**  
09.09.1970, Vorsteher Bildungsdepartement, 3 Kinder, Brunschwilen

**Kanton Schaffhausen**



**Ernst Landolt**  
26.07.1953, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 3 Kinder, Rüdlingen



**Cornelia Stamm Hurter** (ab 1.4.2018)  
08.11.1961, Vorsteherin Finanzdepartement, 2 Kinder, Schaffhausen

**Kanton Schwyz**



**Andreas Barraud**  
15.11.1957, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 2 Kinder, Bannau



**René Bünler**  
21.05.1969, Vorsteher Umweltdepartement, 3 Kinder, Lachen



**André Rügsegger**  
30.06.1976, Vorsteher Sicherheitsdepartement, Brunnen

**Kanton Thurgau**



**Monika Knill**  
12.03.1972, Vorsteherin Departement für Erziehung und Kultur, 2 Kinder, Alterswilten



**Jakob Stark**  
08.09.1958, Vorsteher Departement für Finanzen und Soziales, 2 Kinder, Buhwil

**Kanton Tessin**



**Norman Gobbi**  
23.03.1977, Regierungspräsident Justiz- und Sicherheitsdepartement, 2 Kinder, Quinto

**Kanton Zug**



**Stephan Schleiss**  
26.12.1972, Vorsteher Direktion für Bildung und Kultur, Steinhausen



**Heinz Tännler**  
10.05.1960, Vorsteher Finanzdirektion, 3 Kinder, Zug

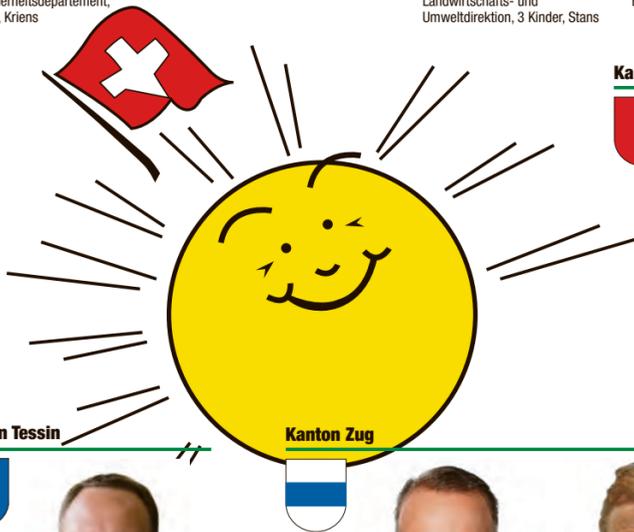
**Kanton Zürich**



**Markus Kägi**  
25.02.1954, Vorsteher Baudirektion, Präsident Regierungsrat, 2 Kinder, Niederglatt



**Ernst Stocker**  
20.04.1955, Vorsteher Finanzdirektion, 2 Kinder, Wädenswil



# Die SVP im Bundesrat



**Guy Parmelin**

Geboren am 9. November 1959

Verheiratet

Bürger von Bursins (VD)

Bundesrat seit 2015

Vorsteher des Eidgenössischen  
Departements für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Guy Parmelin wurde im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen 2015 als zweiter SVP-Bundesrat gewählt. Als dienstjüngster Bundesrat erbt er von Ueli Maurer das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

Schon in seinem ersten Jahr als Bundesrat gewann Guy Parmelin die Volksabstimmung über das neue Nachrichtendienstgesetz, mit dem der erhöhten Terrorbedrohung Rechnung getragen wird. Daneben nahm er den Aufbau der bodengestützten Luftabwehr an die Hand und spurte den Ersatz der F/A-18-Kampfflugzeuge vor. Auch auf die neue Form der Cyber-Bedrohungen will Guy Parmelin das VBS ausrichten. Erste Pflöcke dazu hat er bereits eingeschlagen. Mit Guy Parmelin erhält das Bundesratsgremium zudem eine zusätzliche kritische Stimme zur eingeschlagenen Asyl-, Migrations- und Europapolitik.

Bis zu seiner Wahl in den Bundesrat führte Guy Parmelin zusammen mit seinem Bruder den väterlichen Hof im waadtländischen Bursins. Er ist gelernter Landwirt und Winzer und dafür bekannt, dass er seinen Gästen gerne Waadtländer Saucisson zusammen mit einem guten Wein aufischt. Er verliert auch in ernsten Zeiten nie seinen Humor.



Bundesrat Guy Parmelin verliert auch als Verteidigungsminister nie den persönlichen Kontakt zu seiner Truppe.



Der Sportminister mit der Schweizer Unihockey-Nati nach deren erstmaligem Sieg gegen Schweden in Kirchberg.

Ueli Maurer wurde am 10. Dezember 2008 in den Bundesrat gewählt und war bis Ende 2015 Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Ihm ist es zu verdanken, dass der ewige Abbau bei der Armee endlich gestoppt wurde und in den nächsten Jahren mehr finanzielle Mittel für die wichtige Landesverteidigung zur Verfügung gestellt werden. Damit setzte Ueli Maurer mit seiner letzten Amtshandlung als Vorsteher des VBS ein starkes Zeichen für eine wehrfähige Schweiz.

Am 1. Januar 2016 übernahm Ueli Maurer das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Kaum hatte Maurer das Zepter übernommen, führte er im EFD seinen Kampf für eine starke und unabhängige Schweiz fort. Nachhaltig verteidigt er den Banken- und Finanzplatz Schweiz gegenüber dem Ausland und stärkt damit die Schweizer Wettbewerbsfähigkeit. Davon profitieren wir alle im Land.

Nach einer kaufmännischen Ausbildung leitete er eine landwirtschaftliche Genossenschaft und war dann bis zur Wahl als Bundesrat Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbands. Abseits des beruflichen Umfelds ist Ueli Maurer dafür bekannt, dass er immer noch regelmässig mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, jedoch Süsse nicht abgeneigt ist. Einem Dessert kann Ueli Maurer nur in den seltensten Fällen widerstehen.



**Ueli Maurer**

Geboren am 1. Dezember 1950

Verheiratet, 6 Kinder  
(Jahrgänge: 1978 - 1997)

Bürger von Adelboden (BE)  
und Hinwil (ZH)

Bundesrat seit 2009

Vorsteher des Eidgenössischen  
Finanzdepartements (EFD)



Als kompetenter Finanzminister ist Bundesrat Ueli Maurer vielerorts ein gefragter Redner.



Ueli Maurer ist auch als Regierungsmitglied die Verbundenheit zu seiner Heimat und zu Schweizer Werten ein wichtiges Anliegen.

## Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und selbstbestimmte Schweiz ein.

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich unterstütze die SVP und spende \_\_\_\_\_ Franken auf das **PC 30-8828-5** oder **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001 Y**.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich unterstütze die Begrenzungs-Initiative für eine massvolle Zuwanderung. Bitte schicken Sie mir \_\_\_\_\_ Unterschriftenbogen zu.

### Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift



www.svp.ch

Die Partei des Mittelstandes